

UN1A

DIE ZEITUNG DER GEMEINSCHAFT.

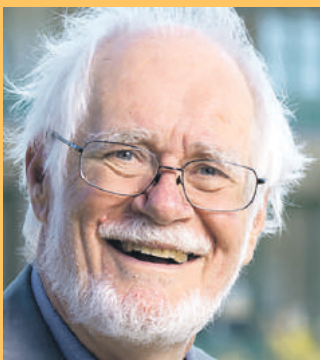
work

Künzi streikt!

Kolumne: Sandra Künzi über Pflege-Bettler Pfeuti. Seite 2



Miranda Ulens, Generalsekretärin
Belgischer Gewerkschaftsbund



Jacques Dubochet,
Nobelpreisträger für Chemie



Christiane Brunner, ehem. SGB-
Co-Präsidentin und Ständerätin



Greis, Rapper



Micheline Calmy-Rey,
alt Bundesrätin

EU-Rahmenabkommen

Hände weg vom Lohnschutz!

Über 130 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur,
Politik und Gewerkschaften lancieren Aufruf. Seite 3



Hansi Voigt, Watson-Gründer und
Unternehmensberater



Joy Matter, ehem. Gemeinderätin,
Stadt Bern



Philipp Sarasin, Professor für
Neuere Geschichte, Uni Zürich



Stina Werenfels, Filmemacherin



Peter Bodenmann, Hotelier und
ehem. SP-Präsident



Claudia Honegger, emerit.
Soziologieprofessorin, Uni Bern



Franco Cavalli, Onkologe und
alt Nationalrat



Annette Hug, Schriftstellerin



Jean Ziegler, Soziologe und Autor



Luca Visentini, Generalsekretär
Europäischer Gewerkschaftsbund



Alex Capus, Schriftsteller



Samir, Filmproduzent und
Kosmonaut



Therese Frösch, ehem. Finanz-
direktorin Stadt Bern



Fabienne Amlinger, Historikerin
und Dozentin, Uni Bern



Benoit Challand, Soziologe, The
New School, New York City

Frauenstreik:
Es geht los!

Schon der Start ein
Riesenfest. Seiten 8–9



STARKE STIMMUNG: Frauen im Volkshaus Biel.

Frauenrenten:
Riesige Lücke

Die schockierenden
Zahlen. Seiten 10–11

BVG-Skandal

Stiftung Phoenix vor
dem Aus? Seite 4

Mieser Riese

Migros schiebt ihr
Promo-Team ab. Seite 5

Wilder Jur

Wie Uhrenbuezer einst
den Anarchismus
erfanden und ihn dann
wieder verloren. Seite 7



ENDLICH AUFBRUCH!

Die mageren politischen Jahrzehnte sind endlich vorbei: Die Klimajugend wagt den Aufstand. Weltweit. Weil es keinen Planeten B gibt. Weltweit protestieren und streiken auch die Frauen. Für mehr Lohn, mehr Zeit und für Respekt. Plötzlich ist wieder Bewegung in der Welt, Power und

Hoffnung. Plötzlich wollen wieder Hunderttausende die Welt verändern. Halten eine bessere

Welt für möglich: eine frauenfreundlichere, gerechtere, ökologischere und friedlichere Welt. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, existenzsichernde Renten, eine gerechte Verteilung von Haus- und Sorgearbeit, eine CO₂-neutrale Schweiz bis 2030 und dass «man die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel, die Grosskonzerne und die Banken, zur Rechenschaft zieht». Schliesslich finanzieren diese Millionen von Tonnen Treibhausgasemissionen. Plötzlich steht wieder die Frage nach einem Systemwandel im Zentrum.

SYSTEMFRAGE. «Ändern wir nicht die Frauen, ändern wir die Welt», das war der Frauenstreikruf der Isländerinnen. «System change not climate change», skandieren jetzt die Klimajugendlichen. Am 10. März lancierten über 500 Frauen im Volkshaus Biel den Frauenstreik vom 14. Juni 2019. Und diskutierten ein Manifest (Seiten 8–9). Da ging eine Frau ans Mikrophon und fragte: «Warum heisst es unter Punkt 7 in einem problematischen System? Warum schreiben wir nicht im «kapitalistisch-patriarchalen System»?» Sie erntete Zustimmung und Applaus. Ja, plötzlich ist es wieder erwünscht, die Probleme beim Namen zu nennen.

GLASNOST. Nach bald dreissig Jahren neoliberaler Gehirnwäsche, die auch etliche grün-rote Zellen säuberte, ist das eine Wohltat. Der Vormarsch der Frauen-, Fremden- und Klimafeinde Trump, Orbán, Salvini & Co. hat eine Repolitisierung ausgelöst. Und endlich herrscht auch Glasnost in der deutschen Sozialdemokratie. Nach rechts zu rutschen und Arbeitslose zu plagen sei ein verheerender Irrweg gewesen. Ein Verrat an der sozialdemokratischen DNA, wie es SPD-Politikerin Gesine Schwan ausdrückt. Sie, die 75jährige, wird plötzlich grundsätzlich: «Sozialdemokraten kämpfen solidarisch für ein besseres Leben – und zwar für alle.» Immerhin! Nur schade, dass sie und ihre französischen, italienischen und spanischen Schwesterparteien nun wundenleidend am Boden liegen, weil sie alle ihre DNA verraten haben. Diese «Selbstmord-Sozialdemokraten», wie sie Ex-SP-Präsident Peter Bodenmann so schön nennt.

EU-Abkommen: Ein Aufruf und ein Bundesrat, der die Arbeit verweigert

Die Debatte spitzt sich zu

130 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik haben einen Aufruf an den Bundesrat lanciert und unterzeichnet. Die Sorge um den Schweizer Lohnschutz ist gross.

CLEMENS STUDER

Der Titel des Aufrufs, der dieser Tage auch als Zeitungsinserat erscheint, ist Programm: «Unser Nein zum vorliegenden Rahmenabkommen Schweiz – EU ist ein Ja zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmerrechten für alle!» Unter den Erstunterzeichnenden finden sich klingende Namen aus dem In- und Ausland: alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Geschichtsprofessor Philipp Sarasin, Chemie-Nobelpreisträger Jacques Dubochet, Filmemacherin Stina Werenfels, Ex-SP-Präsident Peter Bodenmann und Schriftsteller Alex Capus. Aber auch der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes Luca Visentini und seine

Der Aufruf kommt zur richtigen Zeit.

und Gewerkschafter aus der Schweiz. Die Sorge um den Lohnschutz in der Schweiz ist gross.

Und der Aufruf kommt zur richtigen Zeit. Denn die Debatte um das Rahmenabkommen kommt in die entscheidende Phase. Und der Bundesrat macht eine schlechte Falle. Allen voran FDP-Aussenminister Ignazio Cassis, der den ganze Schlamassel angezettelt hat. In den Verhandlungen mit der EU um das sogenannte Rahmenabkommen gab er den Schweizer Lohnschutz preis. Deshalb zog der damalige SGB-Präsident Paul Rechsteiner letzten Sommer die Notbremse: «Nicht mit uns!» Als das Verhandlungsergebnis dann endlich veröffentlicht wurde, zeigte sich, dass die schlimmsten Befürchtungen der



FLAGGE ZEIGEN: Für soliden Lohnschutz in der Schweiz – und für ein soziales Europa. FOTO: KEYSTONE

Gewerkschaften noch übertroffen wurden.

Denn mit dem Abkommen in der vorliegenden Form würden nicht nur die flankierenden Massnahmen geschrottet und die schwächeren EU-Entsenderichtlinien eingeführt. Die Schweiz dürfte diese nicht einmal verbessern, im Unterschied zu EU-Mitgliedern. Das kritisieren auch die europäischen Gewerkschaften – und stehen geschlossen hinter den Schweizer Gewerkschaften. Luca Visentini ist Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Er warnt: «Das Hauptziel der EU-Kommission ist es, dass die Schweiz ihr System der flankierenden Massnahmen aufgibt.» Im Dezember schliesslich sah auch der Bundesrat ein, dass dieses Rahmenabkommen chancenlos ist, und schob den schwarzen Peter dem Parlament und den Sozialpartnern zu. Er verweigerte einen Entscheid und eine Empfehlung.

BUNDES RAT AN DIE ARBEIT

Der Bundesrat muss endlich an die Arbeit, darin sind sich alle einig. Mit drei Ausnahmen: Die FDP und die GLP sind für das Abkom-

men und gegen den Lohnschutz. Die SVP ist gegen das Rahmenabkommen und gegen den Lohnschutz (mehr dazu: www.rebrand.ly/attaque). Noch scheinen sich nicht alle in der Regierung bewusst zu sein, wie unmöglich diese Arbeitsverweigerung ist. Zwar traf der Bundesrat die Parteispitzen und die Sozialpartner zu «Konsultationen». Aber, so twitterte Grünen-Präsidentin Regula Rytz im Anschluss: «Leider hat sich bestätigt, dass der Bundesrat keine Strategie hat.»

VORSCHLÄGE

Dabei mangelt es nicht an Dringlichkeit. Und an Vorschlägen. Die europäischen Wahlen und den Brexit abwarten und dann nachverhandeln, ist einer davon. Oder die flankierenden Massnahmen EU-kompatibel verstärken, wie Ex-SP-Präsident Peter Bodenmann empfiehlt. In der «Sonntagszeitung» brachte er das so auf den Punkt: «Erstens Mindestlöhne flächendeckend erhöhen. Zweitens erleichterte Verbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Drittens Ausschluss aller Unternehmen von öffentlichen Aufträ-

gen, die schwarze Schafe als Unterakkordanten beschäftigen. Und viertens Kündigungsschutz für alle, die älter als 55 Jahre sind.» In

AUFRUF

UNTERSCHREIBEN!

Der Aufruf «Unser Nein zum vorliegenden Rahmenabkommen Schweiz – EU ist ein Ja zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmerrechten für alle!» kann hier unterzeichnet werden: www.loehne-statt-grenzen-schuetzen.ch.

eine ähnliche Richtung denkt der aussenpolitische Thinktank «Foraus».

Wie auch immer die Preisgabe des Schweizer Lohnschutzes durch FDP-Aussenminister Cassis korrigiert wird – er muss korrigiert werden. Denn das Rahmenabkommen in seiner vorliegenden Form hat vor dem Volk keine Chance. Und: Wer den Schweizer Lohnschutz angreift, greift in der Konsequenz den gesamte bilateralen Weg an und spielt den rechten Abschottern in die Hände.

Gegen Pfeutis Pflege-Pläne

Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 vor: Ahoi!



Gestern Abig kam mein Nachbar Pfeuti zu mir und war ganz aufgeregt. Sein Mami sei im Spital, Oberschenkelbruch, mit 71, aber sie könne nur sechs Tage bleiben, dann müsse sie raus, eine Riesensauerei für so eine alte Frau. Ich machte zwei Biere auf. Sie könne natürlich nicht heim, und was jetzt? Er sei doch ein Einzelkind! «Keine Ahnung», sagte ich. Pfeuti stöhnte. Er könne sie ja nicht zu sich nehmen, oder? Ich zuckte mit den Schultern. Pfeuti schnaufte. Und deshalb wollte er mich fragen, ob ich mich nicht um sie kümmern könnte und um ihre Katze, de Schnousi, weil ich ja genug Zeit hätte, jetzt, wo ich streikte. «Pfeuti, gaats no? Ich würd mich nicht mal um deine Mutter kümmern, wenn wir verheiratet wären.» Er: «Du willst mich heiraten?» Dann ich: «Sicher nicht!» Wir haben ja 15 Jahre Altersunterschied, der Pfeuti und ich, ausserdem ist er nicht mein Typ.

ASOZIALE EMANZE. Er wurde laut: «Du wärst auch froh, wenn sich jemand um dich kümmern täte, oder?» «Ja sicher», sagte ich,

aber er könne sich ja selber um seine Mutter kümmern, es sei ja seine, nicht meine. Nein, genau das könne er eben nicht, weil er im Gegensatz zu mir arbeite und nicht streike. Er hatte ein ganz rotes Gesicht. Ich: «Im Gegensatz zu mir verdienst du aber auch deutlich besser, obwohl ich viel mehr Erfahrung hab als du, oder?» Weil ich ja älter sei.

Ich würd mich nicht mal um deine Mutter kümmern, wenn wir verheiratet wären.

pflege. Eine alte Frau und ein junger Mann, das sei heute doch kein Problem mehr. Das sei modern. So wie bei Heidi Klum oder Madonna. Der spinnt doch total, der Pfeuti: «Frauen-pflegen-ihre-Schwiegereltern-gratis ist im Fall nicht modern», zischte ich. Pfeuti schrie, ich sei eine asoziale Emanze, eine normale Frau würde das sofort machen. Sein Mami habe ihrer Lebtag lang für andere gesorgt. «Eine normale Frau?» schrie ich zurück: «Schliifts?» Pfeuti stürmte raus, und ich trank die beiden Biere alleine.

Also er könne mich schon heiraten, wenn das meine Bedingung sei, damit ich seine Mutter

Aufruf

Unser **Nein** zum vorliegenden Rahmenabkommen Schweiz – EU ist ein **Ja** zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmerrechten für alle!

Personenfreizügigkeit und Arbeitnehmerrechte gehören zusammen Freiheit, Gleichheit und soziale Sicherheit setzen sich gegenseitig voraus. Darum darf das Prinzip «Gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort» nicht verletzt werden. Die Personenfreizügigkeit mit der EU und starke flankierende Massnahmen (FlaM) gehören untrennbar zusammen. Sie stellen gemeinsam einen grossen sozialen Fortschritt für die Schweiz dar.

Rechte müssen durchgesetzt werden Prinzipien wie «Gleicher Lohn» nützen nur, wenn sie auch in der Praxis durchgesetzt werden. Auf europäischer Ebene klafft diesbezüglich eine grosse Lücke. Die schwache EU-Durchsetzungsrichtlinie zum Lohngleichheitsprinzip wird vom Europäischen Gerichtshof regelmässig zuungunsten der Arbeitnehmenden ausgelegt.

Lohnkontrollen wirken präventiv Für die Durchsetzung des Lohngleichheitsprinzips muss jedes Land entsprechend seinen konkreten Verhältnissen sorgen. In der Schweiz gibt es dafür die FlaM. Sie sind zwar nicht perfekt – aber nach Einschätzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes dennoch vorbildlich. Denn gute Gesamtarbeitsverträge, mehr verbindliche Mindestlöhne und Kontrollen in jährlich 45 000 Firmen wirken: Fast ein Viertel der kontrollierten Firmen müssen zu tiefe Löhne korrigieren. So haben die FlaM Lohndumping in Grenzen gehalten und ein Absacken der Tiefelöhne verhindert.

Ohne wirksame FlaM kommt das ganze Lohngefüge ins Rutschen Genügend Kontrollen müssen auch bei Entsendebetrieben und Selbständigen möglich sein. Denn Kurzaufenthalter in Risikobranchen sind besonders gefährdet. Sie erhalten oft keine Schweizer Löhne. Davon profitieren einheimische und ausländische Lohndumpingunternehmen. Faire Arbeitgeber haben das Nachsehen. Ohne wirksame FlaM würde das ganze Lohngefüge ins Rutschen kommen – mit unabsehbaren Folgen für alle Lohnabhängigen in der Schweiz.

Der Vertragsentwurf verschlechtert den Lohnschutz Auch für die EU-Kommission war bisher klar, dass das hohe Lohnniveau in der Schweiz einen besonderen Schutz benötigt. Der vorliegende Vertragsentwurf zum Rahmenabkommen gibt nun aber dem «Marktzugang» und insbesondere den Interessen der Entsendebetriebe Vorrang. Konkret

- droht eine massive Reduktion der Zahl der Kontrollen insbesondere im Entsendebereich und bei den Scheinselbständigen;
- werden Kontrollen mit einer kürzeren Voranmeldezeit für Entsendebetriebe erschwert;

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner:

Alexandre Afonso, Assistenzprofessor Institute of Public Administration, Leiden University • **Vania Alleva**, Präsidentin Gewerkschaft Unia und Vizepräsidentin SGB • **Fabienne Amlinger**, Historikerin, Geschlechterforscherin und Dozentin Universität Bern • **Remus Gabriel Anghel**, Soziologe, Romanian Institute for Research on National Minorities and Babes-Bolyai University Cluj-Napoca • **Ingrid Artus**, Professorin Friedrich Alexander Universität, Erlangen-Nürnberg • **Hans Bänziger**, Personalkommission Huber & Suhner AG • **Michel Béguelin**, alt Ständerat, ehemaliger Vizepräsident SEV • **Frank Behrendt**, Personalkommission Wandel AG • **Christian Berlemont**, Unia-Delegierter Coop • **Maria Bernasconi**, ehemalige Generalsekretärin Personalverband des Bundes (PVB) und alt Nationalrätin • **Mario Bertana**, Präsident Delegiertenversammlung Unia • **Elodie Béthoux**, Dozentin für Soziologie, Ecole normale supérieure Paris-Saclay • **Rahel Beyeler**, Rechtsanwältin • **Andreas Bieler**, Professor für politische Ökonomie, University of Nottingham • **Marco Blaser**, ehemaliger Direktor der Radiotelevisione svizzera italiana • **Peter Bodenmann**, Hotelier und ehemaliger Präsident der SP • **Valérie Boillat**, Ausbildungsleiterin beim Bildungsinstitut Movendo • **Silvio Bologna**, Arbeitsrechtswissenschaftler, Università degli Studi di Palermo • **Nino Bonansegna-Bürki**, Präsident Personalkommission Mondelez SA • **Hauke Brunkhorst**, Soziologieprofessor Universität Flensburg • **Christiane Brunner**, Gründungsmitglied der Frauenbefreiungsbewegung (FBB), ehemalige Ständerätin, Präsidentin der SP Schweiz und Co-Präsidentin des SGB • **Thomas Burgener**, Anwalt, alt Nationalrat und Regierungsrat Wallis • **Micheline Calmy-Rey**, alt Bundesrätin, ehemalige Vizepräsidentin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten • **Alex Capus**, Schriftsteller • **Sandro Cattacin**, Soziologieprofessor, Universität Genf • **Franco Cavalli**, Onkologe und alt Nationalrat • **Benoît Challand**, Soziologe, The New School, New York City • **Michel Charrat**, Präsident Groupement transfrontalier européen • **Luca Cirigliano**, Zentralsekretär SGB • **Linda Clarke**, Professorin Westminster Business School, University of Westminster, London • **Andreas Clavadetscher**, Rechtsanwalt, nebenamtlicher Verwaltungsrichter • **Benoît Constantin**, Vertrauensmann Unia Constellium SA • **Colin Crouch**, Emeritus Professor, University of Warwick und externes wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln • **Gilbert D'Alessandro**, Bus-Chauffeur und Vorstandsmitglied SEV • **Rudy De Leeuw**, Präsident Europäischer Gewerkschaftsbund • **Donatella Della Porta**, Professorin für Politikwissenschaft und Dekanin des Departements für Politik- und Sozialwissenschaften, Scuola Normale Superiore, Florenz • **Claude Didry**, Soziologe, Forschungsleiter an der CNRS, Ecole normale supérieure, Paris • **Klaus Dörre**, Professor Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena • **Jacques Dubochet**, Nobelpreisträger für Chemie • **Eric Ducrey**, Präsident der Gruppe Bau Unia Freiburg • **Willi Egloff**, Rechtsanwalt • **Roland Erne**, Professor Jean Monnet Chair of European Integration and Employment Relations, University College Dublin • **Romain Felli**, Historiker und Dozent, Universität Genf • **Rosita Fibbi**, Professorin an der Universität Lausanne und Koordinatorin des Schweizerischen Forums zur Erforschung von Migration und Bevölkerung an der Universität Neuenburg • **Mariano Franzin**, Präsident Istituto di Tutela e Assistenza ai Lavoratori-Unione Italiana del Lavoro • **Heidi Frei**, Vizepräsidentin MEM Unia, ABB Schweiz AG • **Marina Frigerio**, Fachpsychologin FSP Bern • **Therese Frösch**, ehemalige Finanzdirektorin Stadt Bern und Nationalrätin • **Heinz Gabathuler**, Soziologe und Historiker, Experte für Arbeitsbeziehungen • **Dan Gallin**, Global Labour Institute, Genf • **David Gallusser**, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Universität Basel • **Hilmi Gashi**, Co-Präsident Solidarité sans frontières SOSF • **Corinne Gobin**, Forschungsleiterin FNRS, Université libre de Bruxelles • **Christine Goll**, ehemalige Nationalrätin • **Greis**, Rapper • **Ruth Gurny**, Soziologin, ehemalige Professorin Zürcher Fachhochschule • **Christoph Häberli**, Rechtsanwalt, Fachanwalt SAV Arbeitsrecht • **Claudia Honegger**, emerit. Soziologieprofessorin Universität Bern • **Annette Hug**, Schriftstellerin • **Richard Hyman**, Emeritus Professor of Industrial Relations, London School of Economics • **Stefanie Hürtgen**, Sozial- und Arbeitsforscherin, Assistenzprofessorin Universität Salzburg • **Elisabeth Joris**, Historikerin • **Hans Ulrich Jost**, emerit. Geschichtswissenschaftler Universität Lausanne • **Stefan Keller**, Historiker und Journalist • **Arno Kerst**, Präsident Gewerkschaft Syna • **Knut Kjeldstadli**, Geschichtswissenschaftler, University of Oslo • **Carlo Knöpfel**, Professor Fachhochschule Nordwestschweiz • **René Knüsel**, Soziologieprofessor Universität Lausanne • **Sandra Künzi**, Slampöetin, Bern • **Josef Lang**, Historiker und alt Nationalrat • **Steffen Lehndorff**, Arbeitsmarktforscher, Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen • **Matthieu Leimgruber**, Ausserordentlicher Professor für Geschichte, Universität Zürich • **Mattia Lento**, Journalist und Filmhistoriker • **Ueli Leuenberger**, alt Nationalrat und Gründer der Université Populaire Albanaise in Genf • **Nathan Lillie**, Professor für Sozialpolitik, University of Jyväskylä • **André Mach**, Professor Universität Lausanne • **Ueli Mäder**, emerit. Professor für Soziologie Universität Basel • **Mascha Madörin**, Ökonomin, Forschungsschwerpunkte Care-Ökonomie und Regulierung des Weltmarktes • **Gregoire Maillard**, Gewerkschaftskomitee Nestlé Waters SA • **Pierre-Yves Maillard**, künftiger Präsident SGB • **Christian Marazzi**, Ökonom • **Fatima Marconi**, Personalkommission Cilag AG • **Paul Marginson**, Emeritus Professor of Industrial Relations, University of Warwick • **Joy Matter**, alt Gemeinderätin, Bern • **Guglielmo Meardi**, Professor für Industrial Relations und Direktor des Industrial Relations Research Unit, University of Warwick • **Anne-Catherine Menétrey-Savary**, alt Nationalrätin und Mitglied Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) • **Claudio Micheloni**, ehemaliger Präsident Colonie libere • **Francesco Miceli**, Schriftsteller, ehemaliger Präsident des Verbandes Autorinnen und Autoren der Schweiz • **Josef Mock Bosshard**, Rechtsanwalt • **Aurelian Muntean**, Assistenzprofessor SNSPA National School of Political Studies, Bukarest • **Oliver Nachtwey**, Soziologieprofessor Universität Basel • **Peter Niggli**, Entwicklungsexperte • **Daniel Oesch**, ausserordentlicher Professor für Soziologie Universität Lausanne • **Danielle Parmentier**, pharmazeutische Assistentin, Genf • **Susanne Pernicka**, Soziologieprofessorin, Universität Linz • **Jean-Marie Pernot**, Politologe, Institut de recherches économiques et sociales, Noisy-le-Grand • **Jonas Pontusson**, Professor am Département de science politique et relations internationales, Universität Genf • **Katharina Prelicz-Huber**, Präsidentin Gewerkschaft VPÖD • **Valeria Pulignano**, Professorin für Soziologie, Katholieke Universiteit Leuven • **Guillaume Racloz**, Zimmermann • **Niccolò Raselli**, Jurist • **Philip Rathgeb**, Politikwissenschaftler, Universität Konstanz • **Aidan Regan**, Assistenzprofessor School of Politics and International Relations, University College Dublin • **Udo Rehfeldt**, wissenschaftlicher Mitarbeiter IRES (Institut de Recherches Economiques et Sociales), Noisy-le-Grand • **Line Rennwald**, Sozialwissenschaftlerin, Universität Genf • **Beat Ringger**, geschäftsleitender Sekretär Denknetz • **Florian Rödl**, Professor für bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht, Freie Universität Berlin • **Marianne Rychner**, Soziologin, Hochschuldozentin • **Samir**, Filmproduzent und Kosmonaut • **Devi Sacchetto**, Professor Soziologie, Università degli Studi di Padova • **Philipp Sarasin**, Professor für Neuere Geschichte, Zürich • **Diego Scacchi**, Rechtsanwalt, ehemaliger Gemeindepräsident Locarno • **Cyril Schäublin**, Filmschaffender, Zürich • **Wolfgang Schroeder**, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Demokratie und Demokratisierung, Professor Universität Kassel • **Hans-Ruedi Schürch**, Lokführer und Vorstandsmitglied SEV • **Franz Schultheis**, Seniorprofessor Soziologie Universität Friedrichshafen • **Simon Schulz**, Präsident Unia-Branchengruppe Brauerei, Heineken AG • **Martin Seeleib-Kaiser**, Professor of Comparative Public Policy, Universität Tübingen • **Xhafer Sejdiu**, Präsident Baugruppe Unia Zürich-Schaffhausen • **Marc Spescha**, Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für Migrationsrecht • **Sabina Stan**, Assistenzprofessorin für Soziologie und Sozialanthropologie, Dublin City University • **Nino Stuber**, Präsident Personalkommission Stadler Rail Group • **Kaspar Surber**, Historiker und Journalist • **Jean-Pierre Tabin**, Lausanne • **Laurent Taskin**, Professor, UCL Louvain School of Management, • **Fabio Telatin**, Maler, Präsident der Unia-Berufskonferenz Maler-Gipser • **Gabriel Troc**, ausserordentlicher Professor, Babes-Bolyai University Cluj-Napoca • **Goran Trujic**, Präsident Personalvertretung GAV Novartis Stein • **Giorgio Tuti**, Präsident Gewerkschaft SEV und Vizepräsident SGB • **Miranda Ulsens**, Generalsekretärin Belgischer Gewerkschaftsbund • **Nelly Valsangiacomo**, Geschichtswissenschaftlerin Universität Lausanne • **Nicolas Verdan**, Schriftsteller • **Luca Visentini**, Generalsekretär Europäischer Gewerkschaftsbund • **Hansi Voigt**, Gründer der Newsplattform Watson und Unternehmensberater • **Eric Voruz**, alt Nationalrat, ehemaliger Smuv-Sekretär • **Stina Werenfels**, Filmemacherin • **Angela Wigger**, ausserordentliche Professorin Global Political Economy, Radboud University, Nijmegen • **Jean Ziegler**, Soziologe, Autor und Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates • **Patrick Ziltener**, Professor Universität Zürich / St. Gallen • **Ludwig Zurbruggen**, Dr. ès sciences politiques, Dozent Hochschule

Jetzt Aufruf unterschreiben: www.loehne-statt-grenzen-schuetzen.ch

Klimastreik
«Wir sind laut,
weil ihr uns die
Zukunft klaut»

Die grösste Jugendbewegung seit den 1980er Jahren bleibt in Fahrt und erlebt viel Unterstützung.

CHRISTIAN EGG

Am Anfang waren es nur ein paar Jugendliche mit einer Idee. Inspiriert von der 16jährigen Greta Thunberg, organisierten sie Schülerstreiks und Demos, weil die Politik schläft und nichts gegen den Klimawandel unternimmt.

Der Streik
vom 15. März
ist in über
80 Ländern
ausgerufen.

Start war im Dezember in Zürich, Basel, Bern und St. Gallen. Schon im Februar gingen 60 000 Junge auf die Strasse. Der Klimastreik ist damit schon

jetzt die grösste Jugendbewegung seit den 1980er Jahren. Heute, am 15. März, folgt der nächste Streich. Wieder ein Streik. Weltweit, in 82 Ländern. In der Schweiz gehen in über 20 Städten Schülerinnen und Schüler auf die Strasse statt ins Klassenzimmer. «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut», schreien sie den Erwachsenen zu.

Unterstützung bekommen sie unter anderem aus der Wissenschaft. Über 12 000 Forscherinnen und Forscher aus Deutschland, Österreich und



STATT SCHULBANK: «Wir müssen die Erwachsenen erziehen.» FOTO: KEYSTONE

der Schweiz haben eine Stellungnahme unterzeichnet. Sie gehen mit der bisherigen Klimapolitik hart ins Gericht: Die Schweiz habe ihre Treibhausemissionen seit 1990 «nur geringfügig verringert, gleichzeitig steigen die im Ausland verursachten Emissionen erheblich an». Der Text schliesst mit den Worten: «Die jungen Menschen haben die Situation verstanden. Ihnen gebührt unsere Achtung und unsere volle Unterstützung.»

APPELL. Wer streikt, verpasst ein paar Schulstunden. Richtig so, sagen Lehrerinnen und Lehrer, die in der Gewerkschaft VPOD organisiert sind. Und sie rufen die Schulleitungen auf, Jugendliche, die an einer Aktion teilnehmen, nicht zu bestrafen. Im Gegenteil: «Wir freuen uns, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Stimme erheben und darauf aufmerksam machen, dass dringend gehandelt werden muss.»

Chemiefirma
DSM: So nicht!

Dem Vitaminhersteller DSM geht es prächtig: 1,2 Milliarden Reingewinn weltweit, die Dividenden steigen um 25 Prozent. Den Beschäftigten an den drei Schweizer Standorten im Aargau und im Kanton Baselland wollte das Unternehmen aber nur gerade 1,3 Prozent mehr Lohn auszahlen. Und das nicht einmal allen, sondern nur «individuell».

So nicht, sagten rund 900 Mitarbeitende, unterstützt von den Gewerkschaften Unia und Syna. Sie unterschrieben deshalb eine Petition an die Geschäftsleitung und erklärten die Lohnverhandlungen vorerst für gescheitert. Sie erwarten jetzt ein besseres Angebot. (che)

Altersvorsorge: Schon wieder ein Skandal in der zweiten Säule
Die Aargauer Sammelstiftung
Phoenix steht am Abgrund



SCHIEFLAGE: Die Sammelstiftung Phoenix steht vor dem Aus. Leidtragende sind die Arbeiter und Arbeiterinnen. MONTAGE: WORK

Im Aargau platzt ein
Pensionskassen-Skandal:
Die Renten sind in Gefahr.

RALPH HUG

Die Pensionskasse Phoenix aus Kleindöttingen AG steht vor dem Aus. Betroffen sind Arbeitnehmende aus der Industrie, aber auch aus dem Taxigewerbe. Die Sammelstiftung wurde 2012 vom Geschäftsmann Serge Aerne gegründet. Dabei scharte er Leute aus der Treuhandszene um sich. Mit Hilfe von Brokern und flotter Werbung akquirierte die Stiftung Firmen mit über dreitausend Versicherten. Im Prospekt heisst es: «Phoenix bringt Schwung in die berufliche Vorsorge.» Aerne & Co. versprachen «angepasste Anlagestrategien» sowie ein Vollversicherungsmodell «mit hundertprozentiger Zins- und Kapitalgarantie». Doch schon im ersten Jahr gab es fragwürdige Geschäfte. Die Stiftung kaufte

eine Liegenschaft im sanktgallischen Toggenburg von einer Firma, an der der Phoenix-Gründer selber beteiligt war. Das ist zwar nicht verboten. Aber bald musste der Immobilienwert nach unten korrigiert werden. Dasselbe geschah bei weiteren Immobiliendeals in Salez SG und Menziken AG.

KRUMME GESCHÄFTE

Es folgten Verträge mit Beratungs- und Verwaltungsfirmen, an denen der Gründer ebenfalls beteiligt war. So flossen Gelder aus der Sammelstiftung ab, und es gab hohe Verwaltungskosten. Zu etlichen Geschäften existierten weder schriftliche Beschlüsse, ordentliche Protokolle noch Konkurrenzofferten, wie vom Gesetz gefordert. Interessenbindungen waren auch nicht offengelegt, und dem Grundbuchamt wurden Kaufverträge verschwiegen. Als «Arbeitnehmervertreter» sass im Stiftungsrat das Geschäftsleitungsmitglied einer Brokerfirma.

Dies alles ist in einem vernichtenden Bericht aufgelistet, den die Aargauer Stiftungsaufsicht im September 2017 in Auftrag gab. Auf hundert Seiten sind zahlreiche Verfehlungen und Verstösse festgehalten. Insgesamt erweckt der Bericht den Eindruck einer Stiftung, die eher als Geldmaschine denn als seriöses Vorsorgewerk diente. Schliesslich griff die kantonale Stiftungsaufsicht durch und

Phoenix hat
eine Witwen-
rente um mehr
als die Hälfte
gestrichen.

setzte den Stiftungsrat ab. Doch dieser wehrt sich. Der Fall liegt jetzt beim Bundesgericht. Der «Tages-Anzeiger» machte kürzlich den Skandal publik. Von ihm befragte Experten sind der Ansicht, dass die Phoenix sofort liquidiert werden müsse. Sie könne kaum mehr saniert werden. Der Deckungsgrad liegt teils unter 80 Prozent.

RENTENKÜRZUNGEN

Weil die Stiftung mehr und mehr in Schieflage geriet, kürzte der Stiftungsrat Rentenleistungen so weit wie möglich. Urban Hodel, Geschäftsleiter des arbeitnehmernahen PK-Netzes, hat den Skandal analysiert. Er sagt: «In einem Fall hat man die Witwenrente um mehr als die Hälfte zusammengestrichen.» Weder Vertreter der Pensionskasse noch der Aufsicht wollen zum Fall etwas sagen – «laufendes Verfahren». Seit langem prangert Hodel als PK-Fachmann der Gewerkschaften den Wildwuchs und die Intransparenz bei Sammelstiftungen an. Zwar seien solche Stiftungen durchaus sinnvoll: Sie ermöglichten eine Vorsorge unabhängig von Versicherungskonzernen. Aber es brauche für die Versicherten einen lückenlosen Schutz ihrer Interessen. Hodel: «Das Wichtigste ist eine echte paritätische Zusammensetzung im Stiftungsrat.» Auch die Oberaufsicht des Bundes über die Pensionskassen hat das Problem erkannt. Sie will jetzt schärfere Vorschriften erlassen. Das stösst aber auf den Widerstand der Branche.

Biberli zu Phoenix:
«Schräge Vögel
fangen schon mal
Feuer!»



Das waren die grössten Skandale der letzten Jahre
Das grosse Pensionskassen-Roulette

In der zweiten Säule liegen
Milliarden. Das lockt
Geschäftemacher und
Betrügerinnen an.

Der Unternehmer Werner Höfliger war 1992 der erste Chef, der eine Firmen-Pensionskasse plünderte. Der Schaden: 20 Millionen Franken. Die Opfer: die Mitarbeitenden der Omag in Mels SG mit ihrem Alterskapital. Die kantonale Stiftungsaufsicht hatte zugehört. Seither wurden die

Keiner konnte bisher
die betrügerischen
Finanzprofis stoppen.

Vorschriften zwar verschärft. Doch das stoppt die Finanzjongleure keineswegs. Der letzte Skandal platzte 2010 bei der Zürcher Beamtenversicherungs-

kasse. Der Anlagechef war korrupt. Mit seinen Machenschaften verursachte er Verluste von 273 Millionen Franken. Er musste sechs Jahre ins Gefängnis.

DUBIOS. Den zuvor grössten Schaden richteten 1996 die Verantwortlichen der Sammelstiftung Vera/Pevos im Umfeld des Oltner Baulöwen Albert Heer an: 150 Millionen Franken. Davon waren über 2000 Arbeitnehmende betroffen. Dank dem Sicherheitsfonds erlitten sie keine Verluste.

Häufig werden Altersgelder für dubiose Immobiliendeals und Investitionen missbraucht, für Luxus veruntreut oder Gewinne an den Taschen der Versicherten vorbeigeschleust. So bei der Zürcher Anlagestiftung Fortius, bei der St. Galler Fina-Freizügigkeitsstiftung, der Gemini-



LEICHTES SPIEL: Die notorische Intransparenz der zweiten Säule lockt Gambler und Betrüger an. FOTO: ZVG

Sammelstiftung, bei der Walliser Lehrerpensionskasse oder bei der Siemens-Pensionskasse.

Die Täter sind stets Finanzprofis: Treuhänder, Banker, Broker und Versicherer. Sie spannen

zusammen und bilden Netzwerke, die hinter dem Rücken der Versicherten aus der Komplexität und notorischen Intransparenz der zweiten Säule kriminelles Kapital schlagen. (rh)



FRECH: Mit den neuen Arbeitsbedingungen fahren Migros-Promoterinnen massiv schlechter. FOTO: MIGROS

Dumping-Verträge für 200 Degustations-Mitarbeitende So mies serviert die Migros ihre Promoterinnen ab

Der orange Riese lagert seine Degustations-Mitarbeitenden aus. Jetzt bangen sie um ihre Existenz. Und müssen sich erst noch beleidigen lassen.

CHRISTIAN EGG

Schokolade, Käse, Waschpulver: Woche für Woche stand Andrea Jost* in der Migros-Filiale, verteilte Gratismuster und Versucherli und zeigte der Kundschaft die neuen Produkte. Immer Donnerstags bis Samstags. «Promoterin» heisst ihr Beruf. Die temperamentvolle Ostschweizerin macht ihn seit bald 30 Jahren und liebt ihn. Besser gesagt, sie hat ihn geliebt: «Die Migros hat mir die Freude daran gründlich verdorben.»

Im letzten November bekamen die über 200 Promoterinnen und Promoter Post von ihrer Arbeitgeberin, der Migros-Tochter Chocolat Frey: Sie wurden per Ende Jahr in eine neue Firma namens TMI ausgelagert. Die bisherigen Manager hätten Chocolat Frey die Mehrheit am Geschäftsbereich abgekauft – und würden ihn nun selber weiterführen. Und: Die neue Firma sei nicht mehr dem Migros-Gesamtarbeitsvertrag unterstellt. Aber die Arbeitsbedingungen würden sich nicht ändern: Es gebe auch «keine Lohnreduktion».

VERSPRECHEN GEBROCHEN

Zwei Monate später schickt die Firma die neuen Arbeitsverträge, die ab Mai gelten sollen. Sie sind Dumping pur: Der Stundenlohn von Promoterin

Jost, bisher bei gut 32 Franken pro Stunde (Ferienentschädigung und 13. Monatslohn eingerechnet), soll neu auf knapp 28.50 sinken. Das macht minus 3 Franken 50 oder mehr als 10 Prozent Lohn weniger. Und anstatt des bisherigen Arbeitspensums von 60 Prozent steht im Vertrag nur noch: «Arbeit auf Abruf». Das hat kürzlich der «Kassensturz» von SRF aufgedeckt (siehe unten: «Die Migros reagiert»).

Das heisst: Die neue Firma TMI setzt die Arbeiterinnen und Arbeiter dann ein, wenn es gerade passt. Ein Einsatzplan, der work vorliegt, sieht für die meisten Mitarbeitenden im laufenden Jahr nur gerade in 17 von 52 Wochen einen Einsatz vor. Von Ende Juni bis Ende August sind gar keine Einsätze geplant, und auch im Januar war Flaute: Die Promoterinnen Martina Barben* und Carla Degen* sagen beide, sie hätten im Januar nur gerade einen Einsatz von drei Arbeitstagen gehabt. Das ergibt einen Monatsverdienst von 790 Franken brutto.

HÖCHSTENS KLEIDERGRÖSSE 38

Kein Wunder, plagen die Frauen Zukunftsängste. Andrea Jost hat jetzt Schlafprobleme: «Es geht um meine Existenz.» Und Kollegin Regula Frei* musste sich krank schreiben lassen. Einfach nur traurig sei das, sagt sie. Sie habe das ganze Leben gearbeitet, «und jetzt bin ich beim Arzt gelandet».

Mehrere Promoterinnen haben bei den Chefs nachgefragt, warum sie so wenig Arbeit bekämen. So auch Andrea Jost: «Ich bekam die Antwort, für die geplante Kaffee-Promotion würde ich nicht mehr den Anforderungen des Kunden entsprechen.» Gemeint war der Hersteller des Promotions-Produkts. Im Gespräch mit anderen Frauen wird klar, was gemeint ist. Sandra Bianchi* berichtet: «Mir haben sie am Telefon geradeheraus gesagt: «Frau Bianchi, sie

sind zu alt!..» Und Barbara Kunz* berichtet, für gewisse Produkte frage man die Frauen zuerst nach der Kleidergrösse: «Höchstens Grösse 38 darf man sein. Das ist unter aller Würde!..»

Kommt hinzu: Organisatorisch läuft in der Firma einiges schief, wie mehrere Promoterinnen berichten. Als die eine an einem Freitag in der Filiale ankommt und ihren Stand aufbauen will, sagen ihr die Kollegen im Laden, der Stand sei gerade abtransportiert worden. Und plötzlich erhält die krank geschriebene Regula Frei einen Anruf, wieso sie nicht in der Filiale so undso sei, sie sei dort

«Mir haben sie am Telefon gesagt: «Frau Bianchi, Sie sind zu alt!..»

PROMOTERIN SANDRA BIANCHI

heute eingeteilt. Eine weitere Promoterin hat bisher weder einen Anruf noch einen Brief noch einen neuen Arbeitsvertrag erhalten: «Mich haben sie vergessen», sagt diese leicht amüsiert.

workfrage: Darf sich die Migros solche Mätzchen mit Mitarbeitenden leisten?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Die Briefträgerin & der Affe im Fenster

«Verdammt!» denkt die Briefträgerin. Ein Brief hat sich zwischen die andern im Kistli verkrochen. Einen A-Post-Brief, erst noch einen von Hand adressierten und mit einer Marke beklebten, zur Zeit zuzustellen ist Ehrensache. Dem Zeitteufel zum Trotz.

Der Weg ist schmal, die Briefträgerin kann das Fahr-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

zeug nicht wenden. Zu Fuss trabt sie, den Brief in der Hand, zurück zum letzten Haus – und sieht im Fenster den Affen. Ganz klassisch hängt er an einem Ast, mit der linken Hand hält er sich fest, seine Rechte fasst eine Banane. Ein grosses Fensterfarbenbild!

«Jetzt bin ich schon hundert Mal an diesem Haus vorbeigeeilt und habe den Affen nie gesehen!» denkt die Briefträgerin. «Wie bewege ich mich eigentlich durch meinen Arbeitstag? Gring abe u seckle?»

DREIMASTER. Vielleicht hängt der Affe noch nicht lang in diesem Fenster. Doch er erinnert die Briefträgerin an ähnliche Gegebenheiten: Wie oft ging sie in der Freizeit durch das Quartier und bemerkte plötzlich

Einen A-Post-Brief zur Zeit zuzustellen ist eine Ehrensache.

hier einen verschnörkelten Balkon, dort entlang einer Häuserfassade einen schwindelerregenden Katzensteg, hier einen seltenen Strauch im Garten und dort eine Malerei unter einem Dach! «Dinge, die ich nie wahrnahm!» denkt die Briefträgerin, «Obwohl ich unzählige Male an ihnen vorbeireilte.»

Oder hinter Gittern der alte Dreimaster, ein buntes Schiff, das sicher seit Ewigkeiten durch das verstaubte Kellerfenster segelt. Unbeachtet von den Briefträgerinnen und Briefträgern, die keine zwei Meter davon entfernt in Windeiseile Ballast abwerfen.

ER GRINST. Der Trottoirrand, die Einfassungen der Hauszüge, die Kastenschlitze – sie bilden den Horizont der Briefträgerin, des Briefträgers im Einsatz.

Auf dem Weg zurück zum Fahrzeug wendet die Briefträgerin sich noch einmal um. Der Affe sieht ihr nach, mit seinen grossen blauen Augen. «Er grinst», denkt die Briefträgerin. «Er grinst, als wollte er mir sagen: «Lass dich nicht zum Affen machen ...»»

Dumping-Verträge: Die Migros reagiert – ein bisschen

Nachdem die Sendung «Kassensturz» auf SRF über die Dumping-Verträge der Migros berichtet hat, versuchten sich TMI und Migros in Schadensbegrenzung: Im laufenden Jahr sollen die Promoterinnen und Promoter den gleichen Lohn erhalten wie 2018, versprechen sie jetzt.

Doch ab 2020 sollen dann doch die neuen Verträge gelten. Das heisst: Das Dumping ist nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Die Migros schreibt, die



KEIN AUSWEG: Die Migros hebt die Dumping-Löhne nicht auf, sie verschiebt sie nur. FOTO: KEY

neuen Löhne und Sozialleistungen lägen «über dem

Branchenschnitt». Man sei sich bewusst, dass für die Mitarbeitenden eine «unbefriedigende Situation» entstanden sei. Schuld sei «die tiefere Ausgangslage». Man arbeite «mit Hochdruck» daran, diese zu verbessern.

Die Promoterinnen riskieren viel schlechtere Renten.

Zur Diskriminierung aufgrund des Alters und der Kleidergrösse schreibt die

Migros: «Wir haben keine Kenntnisse von solchen Vorfällen. Wir werden dem umgehend nachgehen.» Die TMI hat auf die Anfrage von work nicht reagiert.

DUBIOS. Im November kündigte die Migros an, dass die Mitarbeitenden von der Migros-Pensionskasse mit Leistungsprimat in eine Sammelstiftung namens Gemini verschoben würden. Dort herrscht das Beitragsprimat. Das heisst, die Leistungen von Gemini sind nicht garan-

tiert. Wenn die Kasse die Zinssätze senkt, sinken die Renten. In der Vergangenheit fiel die Gemini durch dubiose Geschäfte auf (Seite 4).

Kommt dazu: In der Gemini ist nur der Lohnanteil über 21 330 Franken pro Jahr versichert. Viele Promoterinnen befürchten aber, dass ihr Jahresverdienst künftig tiefer sein wird. Das heisst, weder sie noch die Arbeitgeberin würden in die Pensionskasse einzahlen. Am Schluss drohen ihnen also tiefere Renten. (che)

Gewerkschaften im Osten
Der Neubeginn

Gibt es überhaupt Gewerkschaften in Osteuropa? In der Tat sind dort mit dem Mauerfall nach 1990 meist auch die früheren Staatsgewerkschaften zusammengebrochen. Es blieben oft nur abhängige Hausverbände übrig. Auch die Schliessung ganzer Industriezweige trug zum Verschwinden der Gewerkschaften bei: In den polnischen Kohlebergwerken und Werften hatten bis 1990 Hunderttausende Biezer Arbeit und waren gut organisiert. Heute



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

arbeiten da nur noch Zehntausende. Die EU säuselte später zwar vom Aufbau von Sozialpartnerschaft in den Ostländern, verschrieb ihnen aber gleichzeitig die Deregulierung des Arbeitsmarktes – und da hatten Gewerkschaften und Gesamtarbeitsverträge (GAV) auch keinen Platz.

RUMÄNIEN UND UNGARN. In den letzten Jahren hat sich in den Ländern von Mittel- und Osteuropa einiges verändert: Die Wirtschaften fassten nach dem Rückschlag der

In Rumänien
gibt es jetzt
einen GAV für
die Banken-
branche.

grossen Krise wieder Tritt, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Alle reden jetzt davon, die Lebensbedingungen im Osten sollten sich endlich jenen im Westen annähern. Dazu braucht es aber auch die Gewerkschaften. Sie erreichen derzeit vielerorts Realloohnerhöhungen im zweistelligen Prozentbereich. In Rumänien erkämpften sie einen flächendeckenden GAV für die Bankenbranche. In Ungarn demonstrierten sie gegen das «Sklavengesetz» der Regierung, das Überstunden à gogo erlauben will.

POLEN. Auch in Polen haben die Gewerkschaften Aufwind (siehe dazu das Interview mit dem polnischen Gewerkschafter Adam Rogalewski auf Seite 7). Zum Beispiel der polnische Gewerkschaftsverband OPZZ, der im Ausbildungssektor tätig ist. Neu hilft OPZZ zudem den ukrainischen Migrantinnen und Migranten beim Aufbau eines eigenen Verbands. Aus der Ukraine wanderten nämlich in den letzten Jahren gegen zwei Millionen Leute nach Polen ein. Ihre Aufenthaltsbewilligungen gelten meist nur für neun Monate, und ihre Lebenssituation ist prekär. Sie brauchen dringend eine Gewerkschaft.



Gib dem Frauen*streik
ein Gesicht

Frauen haben genug, sie wollen: Respekt – mehr Lohn – mehr Zeit! Unterstütze den Frauen*streik und -aktionstag: Lade dein Foto hoch und zeige, dass du dabei bist, oder solidarisiere dich mit den streikenden Frauen!
frau-streikt.ch

Malerin Sarah Schütz: «Viele Chefs sind unflexibel»
Teilzeit als Malerin? Keine Chance!

Sarah Schütz (45) liebt ihren Beruf. Aber eine Teilzeitstelle findet sie nicht. Die Gewerkschaften sowie der Maler- und Gipserverband wollen das jetzt endlich ändern.

CHRISTIAN EGG

Etwa hundert Bewerbungen hat Sarah Schütz letztes Jahr geschrieben. Aber eine Stelle als Malerin hat sie nicht gefunden. Obwohl sie als Vorarbeiterin mit Zusatzausbildung bestens qualifiziert ist und obwohl in der Branche Fachkräftemangel herrscht.

Die 45jährige ist alleinerziehende Mutter des 6jährigen Jerome. Deshalb sucht Schütz eine Teilzeitstelle. «Etwa 60 Prozent wären ideal», sagt sie.

PUNKT SIEBEN UHR

Aber keine Chance. Immer wieder bekommt sie in Vorstellungsgesprächen zu hören: Man würde sie sehr gerne nehmen, aber nur zu hundert Prozent. Oder vielleicht zu achtzig Prozent, aber sie müsse um 7 Uhr morgens auf der Baustelle sein und im Sommer auch mal bis 17.30 oder 18 Uhr arbeiten können. Doch das geht nicht. Die Kita, die ihren Sohn tagsüber betreut, ist «erst» um halb sieben geöffnet. Wenn sie danach eine halbe Stunde bis zur Firma fahren muss und nochmals eine halbe Stunde zur Baustelle, kann sie «erst» um halb acht anfangen zu arbeiten.

Unia-Mitglied Schütz versteht nicht, warum das ein Problem sein soll: «Gerade Privatkun-



FOTO: NICOLAS ZONVI

SARAH SCHÜTZ:
«Gerade Privatkunden sind doch auch froh, wenn wir nicht in aller Herrgottsfrühe auf der Matte stehen.»

den sind doch auch froh, wenn wir nicht in aller Herrgottsfrühe auf der Matte stehen.» Aber in den Augen der Chefs ist sie wegen des Kindes zu wenig flexibel. «Dabei sind sie es, die unflexibel sind.»

DIE HÄLFTE MÖCHTE TEILZEIT

In der Maler- und Gipserbranche gibt es viel zu wenig Teilzeitstellen. Das zeigt jetzt auch eine neue Umfrage des Projekts «Teilzeitbau». 70 Prozent der Arbeitnehmenden sind der Meinung, dass Firmen mehr Teilzeitstellen anbieten sollten. Und fast die Hälfte der Vollzeitangestellten (47 Prozent) geben an, dass sie entweder sofort oder allenfalls in den nächsten Jahren lieber eine Teilzeitstelle hätten. Als wichtigsten Grund nennen die Malerinnen und Gipser die Familie, vor Gesundheit, Weiterbildung und Hobby.

Fast 900 Personen haben an der Umfrage teilgenommen, dazu kommen Antworten von über 300 Firmen. Den Auftrag gaben die Gewerkschaften Unia und Syna sowie der Maler- und Gipserverband. Die Umfrage zeigt auch: Nicht nur Frauen wollen Teilzeit arbeiten. Der Anteil derjenigen, die «am liebsten sofort» eine Teilzeitstelle hätten, beträgt bei beiden Berufen zehn Prozent, und zwar sowohl bei Frauen wie bei Männern.

Auch Männer
würden
lieber Teilzeit
arbeiten.

Jetzt geht das Projekt «Teilzeitbau» in die zweite Phase. Die Organisatoren suchen jetzt zehn Firmen, die Teilzeitarbeit fördern wollen. Fachleute werden dann die Unternehmen dabei unterstützen, eine massgeschneiderte Lösung zu schaffen, damit sie mehr Teilzeitstellen anbieten können.

Damit auch Sarah Schütz wieder auf dem Beruf arbeiten kann, den sie gelernt hat und den sie liebt. Jetzt macht sie Büroarbeit – immerhin in einem Malerbetrieb. Anfänglich waren es 60 Prozent, derzeit aber nur 20 Prozent – weil halt nicht mehr Büroarbeit anfällt. Drum macht sie weiter mit der Stellensuche. Etwa acht bis zehn Bewerbungen verschickt sie jeden Monat. Bisher ohne Erfolg.

Resultate der Umfrage: www.teilzeitbau.ch

Mehr Kontrollen
in Coiffeursalons

BERN. Dieses Jahr wird es im Coiffeur-gewerbe mehr Lohnkontrollen geben. Damit wollen die Gewerkschaften und der Verband Coiffuresuisse sicherstellen, dass die Betriebe die Mindest-



FOTO: PHOTOSIMANN

COIFFEURLOHN: Kürzen nein!

löhne einhalten. Neben 200 ordentlichen sind dieses Jahr 250 zusätzliche, unangemeldete Kontrollen geplant. Wie nötig das ist, zeigt die Auswertung aus dem letzten Jahr: In mehr als der Hälfte der Betriebe (55 Prozent) stellten die Kontrollorgane Verstösse gegen die Lohnvorschriften fest.

Konzernlobby setzt
sich durch

BERN. Der Ständerat will nichts wissen von der Konzernverantwortungsinitiative. Auch einen Gegenvorschlag lehnt er knapp ab. Damit stellt er sich gegen den Nationalrat, der im vergangenen Juni einem Kompromiss als Gegenvorschlag klar zustimmte. Die Initiative will, dass Konzerne wie Glencore, Syngenta oder Novartis für Menschenrechtsverletzungen haften, die ihre Tochterfirmen in aller Welt verüben. Laut dem Initiativkomitee haben die Konzerne im Vorfeld massiv Druck gemacht, um einen Gegenvorschlag zu verhindern.

Vorstoss gegen Abzockerei in der zweiten Säule
Den Provisionsjägern
endlich das Handwerk legen

Pensionskassenvermittler kassieren Entschädigungen. Und treiben die Kosten in der zweiten Säule in die Höhe. Das soll sich nun ändern.

RALPH HUG

Es geht um fragwürdige Zahlungen an Pensionskassenvermittler: Sogenannte Broker kassieren für Anschlüsse von Firmen an eine Pensionskasse nicht nur vom Firmenchef eine Entschädigung. Sie stecken oft auch

noch Provisionen und Courtagen von den Kassen selbst ein. Manchmal sogar fürs Nichtstun – nämlich dann, wenn sie dafür sorgen, dass Versicherte die Pensionskasse nicht wechseln. Das ist schon seit langem ein Ärgernis. Ein geplanter Vorstoss im Nationalrat will nun gegen diese Abzockerei vorgehen. Der Geschäftsführer des PK-Netzes und BVG-Fachmann der Gewerkschaften, Urban Hodel, ist daran massgeblich beteiligt.



FOTO: ZVG

AUFWANDBASIERTE ENTSCHÄDIGUNG. Hodel sagt: «Provisionen für Broker verzerren den Wettbewerb und erzeugen Interessenkonflikte.» Statt möglichst gute Rentenlösungen für die Arbeitnehmenden stehen die Ge-

winne von Vermittlern im Vordergrund. Das treibt die Kosten der zweiten Säule in die Höhe und drückt auf die Renten der Versicherten.

Diese Brokerkosten belaufen sich auf jährlich 300 Millionen Franken, schätzt die Beratungsfirma c-alm. Genau weiss man es nicht, wegen der notorischen Intransparenz im Business mit der zweiten Säule. Hier balgen sich Banken, Versicherungskonzerne und Sammeleinrichtungen um ein mög-

lichst grosses Stück vom 850-Milliarden-Franken-Kuchen der beruflichen Vorsorge. Was kann man dagegen tun?

Die Lösung heisst aufwandbasierte Entschädigung: Maklerinnen und Makler sollen künftig nicht mehr von einer Pensionskasse, sondern nur

noch von der Auftraggeberin entschädigt werden, also von der Arbeitgeberin, die einen Anschluss für ihre Mitarbeitenden sucht. Fachmann Hodel: «Wir müssen Provisionen von Pensionskassen gesetzlich verbieten.» Dieses Anliegen unterstützt jetzt auch der einflussreiche Pensionskassenverband Asip. Damit bestehen gute Chancen, dass der Abzockerei mit Rentengeldern durch unlautere Vermittler endlich ein Riegel geschoben wird.

«Provisionen
für Broker
verzerren den
Wettbewerb
und erzeugen
Interessen-
konflikte.»

URBAN HODEL,
GESCHÄFTSFÜHRER PK-NETZ



ADAM ROGALEWSKI:
«Meine Kollegen in Polen
sagen mir zwar, ich sei
verrückt, zurückzukommen.
Aber ich habe keine
Angst.» FOTO: ZVG

Ein polnischer Auswanderer wird in London und Bern Migrations-Gewerkschafter und wandert jetzt wieder zurück «In Polen ist Hoffnung»

Adam Rogalewski (36) hat fünf Jahre lang für die Unia polnische Bauarbeiter und Hauspflegerinnen betreut. Jetzt kehrt er nach Polen zurück. Ex-Unia-Chef Andreas Rieger wollte von ihm wissen, warum.

Adam Rogalewski studiert in Krakau. Dann erhält er eine Stelle in der staatlichen Verwaltung. Doch er sieht trotzdem keine Zukunft. So wenig wie drei Millionen anderer Polinnen und Polen am Übergang zum neuen Jahrhundert, den 2000er Jahren. Rogalewski sagt: «Ich verdiente so wenig, dass der halbe Lohn für ein bescheidenes Zimmer draufging. Da suchte ich was anderes.» Auswandern! Rogalewski ist in der polnischen Schwulenbewegung aktiv und hat via sie Kontakte ins Ausland.

So hört er von einer Praktikumsmöglichkeit bei den Gewerkschaften in Grossbritannien und von einem Organisationsprojekt mit polnischen Migrantinnen und Migranten. Er reist sofort hin und sieht: seine Landsleute haben einfachste Jobs, prekäre Arbeitsbedingungen und einen tiefen Lohn. Adam Rogalewski: «In Grossbritannien gab es nie flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wie in der Schweiz. Zudem keine Mindestlöhne und keine Kontrollen. Ich bin überzeugt, das ist einer der Gründe, die zum Brexit führten.»

Gestärkt durch vier Jahre Organisationserfahrung, kommt Adam in die Schweiz, zur Unia und organisiert auch da polnische Landsleute. Auf dem Bau und in der Pflege. Sein spektakulärster Erfolg ist der Streik bei der Spitex-Firma Primula. Im Tessin unterstützt er die Organisation von Hauspflegerinnen. Jetzt, nach fünf Jahren, kehrt Adam Rogalewski der Schweiz den Rücken und geht zurück nach Polen. Warum nur?

Andreas Rieger: Haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Polen in den letzten Jahren denn verbessert?

Adam Rogalewski: Ja, in Polen liegt die Arbeitslosigkeit heute nur noch bei vier Pro-

zent. Jetzt gibt es einen Mangel an Fachkräften; es ist relativ leicht, eine Stelle zu finden, und die Löhne sind nicht mehr so tief. Da kehren effektiv viele Leute zurück. Dazu trägt auch bei, dass der Brexit meine Landsleute in Grossbritannien verunsichert.»

Aber was ist mit der Politik? In Polen regieren doch die Rechtsnationalisten von Jaroslaw Kaczynski? Macht dir das als Linker, Gewerkschafter und Schwulenaktivist denn nicht Angst?

Das Ganze ist kompliziert, ich muss da etwas ausholen. Als die Kommunisten 1990 die Kontrolle über die Gesellschaft verloren, wurden leider auch die Gewerkschaften und die Linke geschwächt. Das Ruder übernahmen dann Tadeusz Mazowiecki und sein neoliberaler Finanzminister Leszek Balcerowicz. Dieser lag ganz auf der Linie von Maggie Thatcher und den marktgläubigen Chicago Boys. Es kam zur radikalen Privatisierung und Deregulierung, wie dies auch die Weltbank verlangte.

Was war denn aus der Gewerkschaft Solidarnosc von Lech Walesa geworden? Sie hatte die riesige Bewegung gegen das alte, kommunistische Regime ja getragen?

Solidarnosc liess sich in die Regierungspolitik einbinden und erklärte den Leuten ebenfalls, man müsse jetzt eine forcierte neoliberale Politik machen, damit das Kapital auch investiere. Dieser Gesinnungswandel kostete Solidarnosc nicht nur viele Mitglieder, die Gewerkschaft verlor auch an Bedeutung. Solidarnosc wurde zudem immer konservativer, kirchengläubiger.

Hat der Sozialabbau unter den Neoliberalen den Boden für Kaczynskis nationalistische PiS-Partei geebnet?

Ja, unbedingt. Die Neoliberalen versprochen stets, der Markt werde den Fortschritt bringen. Aber irgendwann glaubten ihnen die Leute das nicht mehr. Dann kamen die Kaczynski-Nationalisten von der PiS-Partei und versprochen soziale Massnahmen: mehr Kinderzulagen, Rückkehr zum tieferen Ren-

tenalter und die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Unter anderem mit diesen Forderungen gewannen sie die Wahlen 2015. Es war ein Erdrutschsieg. Seither haben sie viele dieser Versprechen effektiv auch umgesetzt. Gleichzeitig betreibt aber auch die PiS-Partei eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Kaczynski machte den Banker und Milliardär Mateusz Morawiecki zum Ministerpräsidenten.

Und wie hält es die PiS mit der EU? Gegen 80 Prozent der Leute stehen laut Umfragen offenbar hinter der EU.

Die PiS-Partei wendet ihren Nationalismus nicht gegen ganz Europa, sondern vor allem gegen Deutschland. Und natürlich gegen die Flüchtlinge. Lange Zeit setzte die PiS auf die Achse Polen–Grossbritannien, aber mit dem Brexit ist das nun hinfällig. Dann hoffte die Partei auf Donald Trump, doch vergebens. Klar, immer wenn in Polen was schiefläuft, sagen Kaczynskis Leute, die EU sei schuld. Das funktioniert bei der ländlichen Bevölkerung, aber bei der städtischen kaum.

Polen ist also noch nicht verloren?

Meine Kollegen in Polen sagen mir zwar, ich sei verrückt, zurückzukommen. Aber ich habe keine Angst. In den Städten beginnt der politische Wind nämlich bereits zu drehen: die PiS-Partei verlor in den lokalen Wahlen überall. Die jüngeren und ausgebildeteren Leute stimmen immer weniger für diese reaktionären Demagogen. Leider wählen sie eher liberal als links, denn die Linken sind noch immer diskreditiert. Aber die Situation in Polen ist weit besser als in Ungarn. In Polen kannst du was verändern, es gibt Hoffnung. Auch die Gewerkschaft macht Fortschritte. Es gibt auch wieder Streiks.

Nachtrag: Adam Rogalewski ist nun Leiter der internationalen Abteilung der polnischen Gewerkschaft OPZZ. Er arbeitet unter anderem im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) stark mit den verschiedenen Gewerkschaften aus Europa zusammen, auch mit dem britischen TUC und dem schweizerischen SGB. Für den Gewerkschafter und Europäer schliesst sich damit ein Kreis: sein Kreis der Migration.



SCHWEIZER WAFFEN GEGEN GELBWESTEN

Mittwoch, den 20. Februar 2019. Es ist ein strahlender Vorfrühlingstag. Ein Meer von Fahnen in Blau-Weiss-Rot bedeckt den riesigen Platz der Nationen vor dem Völkerbundpalast, dem europäischen Sitz der Vereinten Nationen. Tausende von Gelbwesten sind dem Ruf von Nicolas Mollier und seinen Freunden gefolgt. Jetzt drängen sie sich vor dem verbarrikadierten Eingangstor der Uno-Festung.

APPELL AN DIE UNO. Sie wollen vom Uno-Menschenrechtsrat empfangen werden und den 47 Botschafterinnen und Botschaftern von dem gewalttätigen Vorgehen der französischen Polizei gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten während der vergangenen Monate berichten. Sie verlangen, dass die Uno

Die Polizisten schiessen aus drei, vier Metern Entfernung mit Gummigeschossen auf die Demonstranten.

gegen die Menschenrechtsverletzungen einschreite. Seit dem Beginn der

«Samstagsdemonstrationen» am 17. November 2018 sind in ganz Frankreich viele Hunderte von Demonstrierenden von den «Anti-Aufruhr-Einheiten» der Gendarmerie nationale verprügelt, mit Tränengas traktiert und mit Gummigeschossen verletzt worden, manche von ihnen schwer.

Allein seit Jahresbeginn haben 18 Gelbwesten ein Auge verloren, vierein von ihnen wurde eine Hand abgerissen.

Nicolas Mollier ist Buschauffeur und Gewerkschafter aus Albertville. Dank Facebook haben ein paar Freunde und er in kürzester Zeit viele Tausend mobilisiert. Anfang November hatte der französische Präsident Emmanuel Macron eine neue Steuer verkündet, die insbesondere die knapp am Existenzminimum lebenden Rentner und die ärmsten Klassen hart traf. Einige Monate zuvor hatte er die Steuer auf besonders hohe Vermögen zugunsten der Superreichen aufgehoben. In Frankreich sind viele Millionen arbeitslos, und die untersten Klassen verarmen. Die Existenzangst greift um sich und damit auch der Zorn auf diesen «Präsidenten der Reichen».

POLIZEIGEWALT. Wenn jeden Samstag in verschiedenen Städten Zehntausende auf die Strasse gehen und die Regierung anklagen, gibt es Konflikte mit der Polizei, brennende Autos, eingeschlagene Schaufenster von Luxusläden. «Die Wirklichkeit ist immer unrein», schrieb Jean-Paul Sartre. Doch die behördliche Repression ist völlig überzogen. Die Spezialeinheiten der Polizei versuchen, die Umzüge zu zerstreuen – mit Waffen aus der Schweiz. Die sogenannten Flashball-Gewehre (LDB-40) werden von der Firma Brügger & Thomet in Thun hergestellt und nach Frankreich exportiert (siehe work vom 15.2.2019). Die Polizisten schiessen aus drei, vier Metern Entfernung mit Gummigeschossen, in denen ein Metallkern steckt, auf die Demonstranten. Offenbar zielen sie gerne auf ihre Köpfe. Resultat: ausgeschossene Augen und abgerissene Hände, mit denen die Gelbwesten ihr Gesicht zu schützen versuchten. Brügger & Thomet sind die exklusiven Hersteller der Kleingewehre und der Munition. Der Bundesrat sollte schleunigst den Export dieser schrecklichen Waffen verbieten.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

APPELL FÜR DEN FRAUEN*STREIK AM 14.6.2019

Angenommen von der nationalen Streikversammlung in Biel am 10. März 2019

1. Wir, Frauen, Lesben, Inter, Non-binary und Transpersonen (FLINT), mit oder ohne Partner*in alleinstehende Frauen*, Frauen* in einer Partnerschaft, in der Gemeinschaft, mit oder ohne Kinder, mit oder ohne Arbeit, unabhängig von der Art der Arbeit, gesund oder krank, mit oder ohne Beeinträchtigung, hetero, ob jung, erwachsen oder alt, hier oder in einem anderen Land geboren, unterschiedlicher Kultur und Herkunft, wir alle rufen auf zum Frauen*streik am 14. Juni 2019. Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung und selbst über unser Leben bestimmen. Deshalb werden wir am 14. Juni 2019 streiken!

2. Wir sind es, die für die Hausarbeit, die Erziehungsarbeit und die Pflege zu Hause sorgen, ohne die unsere Gesellschaft und Wirtschaft nicht funktionieren könnten. Wir sind es, die sich um das Wohlergehen der Kinder und der betagten Eltern kümmern und sorgen. Aber es fehlt uns an Geld und an Zeit.

3. Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir wollen eine Aufwertung der «Frauenberufe» und ihre angemessene Entlohnung. Wir wollen Sozialversicherungen, die unsere Existenz sichern. Wir wollen Renten, die uns ein Leben in Würde ermöglichen, ohne dass unser Rentenalter erhöht wird. Wir wollen Arbeitsbedingungen, die uns die echte Gleichstellung in der bezahlten und unbezahlten Arbeit garantieren.

4. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die bezahlte und unbezahlte Carearbeit ins Zentrum stellt und diese finanziert. Wir wollen die Anerkennung und gerechte Verteilung der Haus- und Sorgearbeit, ihre ökonomische Aufwertung und Anrechnung in den Sozialversicherungen, einen längeren Mutterschaftsurlaub, eine Elternzeit und einen Urlaub im Falle kranker Kinder und Angehöriger. Wir fordern ein ausreichendes und kostenloses Angebot an öffentlichen Einrichtungen für die Betreuung unserer Kinder, für die Sorge für unsere älteren Menschen und für unser Leben.

5. Wir wollen die generelle Reduktion der Arbeitszeit, mit gleich bleibendem Lohn und einem Mindestlohn, damit die bezahlte und unbezahlte Arbeit besser verteilt werden kann und weil das kapitalistische Wirtschaftsmodell die Menschen abwertet und herabsetzt und auch damit wir die natürlichen Ressourcen unseres Planeten nicht weiter ausbeuten. Wir wollen Zeit für die Familie und das Sozialleben. Wir wollen Zeit, um unser Leben zu leben.

6. Wir wollen einen geregelten Status und eine Gesetzgebung, die jene Frauen* schützt, die aus anderen Ländern kommen, oft, um als Betreuerinnen für Kinder, kranke und betagte Menschen zu sorgen, und andern Frauen* wie auch ihren Partner*innen dadurch ermöglichen, ihren Beruf auszuüben und auch Karriere zu machen. Wir bekräftigen unsere Solidarität und fordern für alle das Recht auf gute Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir bekämpfen die Doppeldiskriminierung, die Migrant*innen erleben.

7. In einem patriarchal-kapitalistischen System, in dem Männlichkeiten und Weiblichkeiten nicht als gleichwertig betrachtet werden, sind wir diejenigen, die Sexismus, Diskriminierung, Stereotypen und Gewalt ausgesetzt sind, am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, auf der Strasse, zu Hause und in den staatlichen Institutionen. Wir sind Opfer spezifischer Unterdrückungen aufgrund unserer Hautfarbe, unseres sozialen Hintergrunds, unserer Situation als Mütter und

Grossmütter, wegen unserer Beeinträchtigung, unserer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität.

8. Wir wollen frei entscheiden können über unsere Sexualität und Geschlechtsidentität. Wir fordern Respekt gegenüber unserem Körper und unserem Leben und lehnen geschlechtsspezifische und FLINT-phobe Gewalt ab.

9. Wir wollen der Straffreiheit und Bagatellisierung von sexuellem Missbrauch ein Ende bereiten und fordern einen nationalen Präventionsplan zur Bekämpfung von Gewalt, mit dem auch die Istanbul-Konvention umgesetzt wird. Sexistische und sexuelle Gewalt sollen als Asylgrund anerkannt werden.

10. Wir wollen Massnahmen zum Schutz von Migrantinnen, die in ihren Herkunftsländern, auf ihrem Migrationsweg oder hier bei uns psychische, physische und sexuelle Gewalt erlebt haben und erleben. Wir fordern für sie ein Bleiberecht.

11. Wir wollen selbst über unsere Körper bestimmen. Wir wollen Barrierefreiheit und Assistenz, damit Frauen* mit Beeinträchtigung ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen Abtreibung und Empfängnisverhütung zum Nulltarif und Behandlungen zur Geschlechtsanpassung, die auf Selbstbestimmung beruhen. Wir wollen die Abschaffung der rosa Steuer für weibliche Hygieneprodukte.

12. Wir sind diejenigen, über die in den Geschichtsbüchern nichts steht, die in der von Männern und für Männer geprägten Öffentlichkeit und Politik nur in Klammern erscheinen und die man dazu erzieht, sich einem stereotypen Rollenbild der «Frau» unterzuordnen, oder die von der Macht ferngehalten werden.

13. Wir wollen, dass die Schule, die Hochschulen, die Universitäten und andere Bildungseinrichtungen ein Ort der Emanzipation und Bildung zu kritischem Denken und Gleichstellung sowie einvernehmlichem Handeln, sexueller Vielfalt und gegenseitigem Respekt sind.

14. Wir wollen die Abschaffung von geschlechtsspezifischen Stereotypen in der Kultur, den Medien, der Erziehung und der Werbung. Wir wollen den öffentlichen Raum und die Politik neu besetzen und den Platz einnehmen, der uns zusteht, mindestens die Hälfte.

15. Wir wollen eine gesellschaftliche Debatte lancieren über dieses kapitalistische Wirtschaftssystem, von dem nur eine Minderheit profitiert, während die Mehrheit der Weltbevölkerung, insbesondere Frauen*, ausgebeutet wird, in Armut lebt und das Klima gefährdet ist.

16. Wir sind stark in unserer Vielfalt und fordern das Recht auf ein freies Leben in einer Gesellschaft, die gleiche Rechte für alle garantiert, eine solidarische, gleichberechtigte und gewaltfreie Gesellschaft, insbesondere gegenüber Frauen*, und frei von Femiziden. Wir unterstützen, was die Isländerinnen sagen: «Ändern wir nicht die Frauen, ändern wir die Gesellschaft!»

17. Darum werden wir am 14. Juni 2019 streiken. Wir bestreiken die bezahlte Arbeit, die Hausarbeit, die Sorgearbeit, die Schule, den Konsum. Auf dass unsere Arbeit sichtbar werde, unsere Forderungen gehört werden, der öffentliche Raum uns allen gehöre!

* Inkl. Personen, die nicht Cisgender sind (Cisgender = Personen, deren Geschlechtsidentität dem Geschlecht entspricht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde).



AUF ZUM STREIK! Mit dem Vulvalippen-Zeichen zeigen über fünfhundert Frauen ihre Zustimmung

Hunderte Frauen trafen sich Der Frauen

MARIE-JOSÉE KUHN | FOTOS YOSHIKO KUSANO
Sturmtief Eberhard fetzt ums Bieler Volkshaus, La Rotonde, der rote, runde Bau aus den 1930er Jahren, Sinnbild der Arbeiterinnen- und Arbeiterstadt. Regen peitscht gegen Scheiben. Doch drinnen im Saal mit den hohen, schmalen Fenstern ist es heiss. Über 500 Frauen sitzen, stehen, gehen und applaudieren. Oder buhen. Klopfen Beifall mit den Füßen. Eine trägt eine pinkige Perücke, eine andere ein lila Traineroberteil. Unia-Frauen tragen lila Zylinder und halten poppige Plakate in die Höhe: «Mehr Lohn, mehr Zeit, mehr Respekt!» Und zwei mit Frauenzeichen auf den Wangen lachen breit. Alle sind sie gekommen, den Frauenstreik zu lancieren. Und zu hören, wo, wer, was schon plant. An der roten Balustrade prangt das violette Transparent: «14. Juni 2019, Frauen*streik».

Auftritt der Sprecherin des Frauenstreikkollektivs Freiburg: «Bei uns müssen wir zahlen, wenn wir demonstrieren wollen», sagt sie ins Mikrofon.

Der Saal buht. Die Frau fährt fort: «Am Frauentag am 8. März gingen wir dann halt auf einem Platz immer im Kreis und demonstrierten so. Wir übten schon für den Frauenstreik.» Der Saal klatscht. Auftritt des Streikkollektivs der Uni Bern. Sie hatten am 8. März die WC-Türen mit Zahlen zur körperlichen und strukturellen Gewalt gegen Frauen vollgeklebt: «Schliesslich stirbt in der Schweiz alle zwei Wochen eine Person an den Folgen häuslicher Gewalt. Meistens Frauen.» Und auch die Studentinnen bleiben dran. Genauso wie die Waliserinnen: «Bei uns passiert derzeit eine historische Mobilisierung, nicht nur in der Stadt, auch auf dem Land», berichten sie. Der Saal johlt.

SCHWANGERE MÄNNER

Die Sprecherin des Luzerner Streikkollektivs erzählt: «Ihr alle wisst, Luzern ist ein stockkonservativer, stockkatholischer ...», hebt sie an. Buuh! Und Luzern habe einen Regierungsrat mit fünf alten



JUNG & ALT:
Eine prima Frauen-Lands-gemeinde.



ROTES BIEL: Hier im Volkshaus riefen über 500 Frauen den Frauenstreik aus. FOTO: BIELER TAGBLATT



FAUST MIT NAGELLACK: Viele, viele bunte Buttons.



zum Frauenstreikmanifest.

in Biel zum nationalen Treffen streik ist lanciert

Männern. Buuh! Und keiner einzigen Frau. Pfeifkonzert. Füsse trommeln. «Grund genug, am 14. Juni zu streiken!» Applaus und Auftritt der Sprecherin der Frauenhäuser: «Es ist kaum zu glauben, aber jetzt wollen sie das Mädchenhaus in Biel schliessen!» Buhrufe und Sprechchor: «Frauenstreik, Frauenstreik, Scioppere delle donne, So-so-Solidarité!»

Alle können am 14. Juni etwas zum Frauenstreik beitragen: Wir machen ein Topfdeckelkonzert, wir tragen Violett, Lila oder Pink und den Streikknopf, und wir machen Gleichstellung zum Thema.

Wir machen ein Topfdeckelkonzert, wir tragen Violett, Lila oder Pink und den Streikknopf, und wir machen Gleichstellung zum Thema.

oder Pink und den Streikknopf, wir hängen Plakate, Schürzen, Fahnen, Besen, Transparente aus den Fenstern, und wir machen Gleichstellung zum Thema. Zum

Beispiel so, sagt die junge Frau ins Mikrofon: «Wenn die Männer gebären könnten, denkt ihr nicht auch, dass dann alle Städte voller Statuen mit schwangeren Männern wären?» Johlen und Sprechchor: «Wenn Frau will, steht alles still!»

DAS MANIFEST

Und jetzt zum Frauenstreikmanifest (siehe Text links). Es wird anschliessend an einer Medienkonferenz verlesen. Jeder der 17 Punkte von einer anderen Frau. In ihrer Sprache: französisch, deutsch, italienisch, spanisch, kurdisch usw. Alle sollen mitmachen können: «Wir schliessen keine aus!» Die Änderungsvorschläge sind zahlreich: Im Punkt 1 steht «alleinstehende Frauen», das finde sie nicht gut, sagt die Antragstellerin: «Wenn eine Frau weder Partnerin noch Partner hat, ist sie deswegen noch lange nicht alleinstehend.» Im Saal gehen wackelnde Hände in die Luft, sie signalisieren Zustimmung. Die Veranstaltungsleitung, vorne auf der Bühne sitzend, fragt: «Und hast du einen besseren Vorschlag?» –

Klar hat die Frau das: «Frau mit oder ohne Partnerin oder Partner». Und wieder wackeln die Hände. Fragt eine andere und erhebt sich: «Warum heisst es unter Punkt 7 in einem problematischen System? Warum schreiben wir nicht im kapitalistischen patriarchalen System?» Nein, ruft's vereinzelt. Die Mehrheit stimmt aber heftig wackelnd zu. Und immer kommen noch mehr Änderungswünsche. Doch ein Chaos gibt es nicht. Geduldig nehmen die Moderatorinnen alles auf, suchen nach Übersetzungen, lassen abstimmen. Eine prima Frauenlandsgemeinde.

DAS FINALE

Dann, nach zwei Stunden, ist es endlich so weit: Während die Vorleserinnen das Manifest verlesen, steigt die Stimmung. In Wellen erheben sich die Frauen von ihren Stühlen, fahren die Fäuste hoch, skandieren, klopfen Beifall – und setzen sich wieder. Sturm Eberhard, ein Dreck dagegen. Es folgt das Finale, molto mosso: Der Frauenstreik 2019 ist lanciert!



SAVE THE DATE: Am 14. Juni ist in der Schweiz Frauenstreik. FOTO: MJK



HUT AB! Diese Unia-Frauen überragten alle.



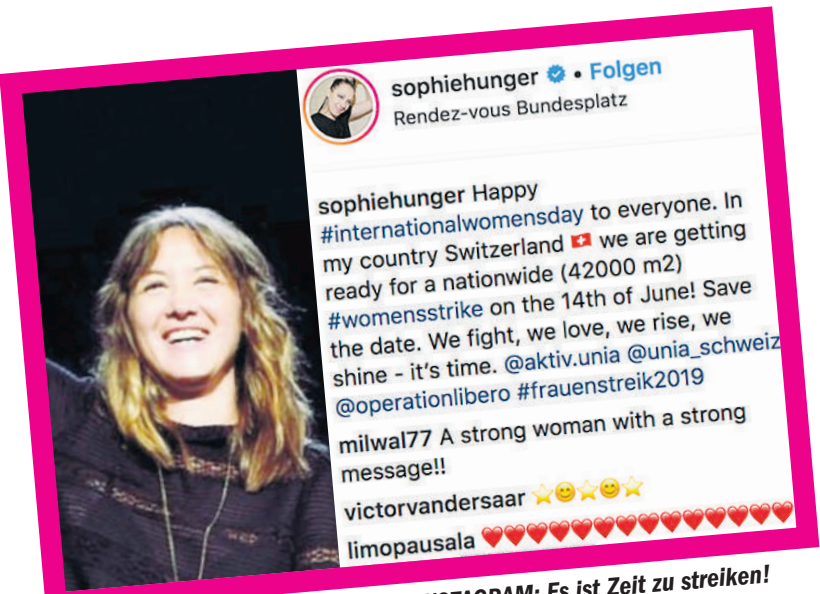
STARKE ANSAGE: Sie führten durch den Tag. V.l.n.r.: Corinne Schärer (Unia), Geneviève De Rham und Michela Bovolenta (beide VPOD).



LILA WELLE: Wenn Frau will, steht alles still.



FISCH OHNE FAHRRAD: Was ist eine Frau ohne Mann?



MUSIKERIN SOPHIE HUNGER AUF INSTAGRAM: Es ist Zeit zu streiken!



HOCH DIE PLAKATE: Mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Respekt!



PINK IST SCHÖN: Die Königin der Ansteckknöpfe.

Das Rentensystem macht Frauen ärmer
Mann-o-Mann!
In der Schweiz erhalten Frauen durchschnittlich 37 Prozent weniger Rente als Männer. 2012 machte das 19 585 Franken aus.

PATRICIA D'INCAU
Der Rente zuliebe sollte Frau ledig bleiben, sich scheiden lassen oder Witwe werden. Was zynisch klingt, ist statistisch verbürgt: Jeder Zivilstand ist für eine Frauenrente besser als die Ehe. Das zeigt die Studie «Gender Pension Gap in der Schweiz, Geschlechterspezifische Unterschiede bei den Altersrenten», die 2016 erschienen ist. Im Auftrag des Bundes untersuchten Wissenschaftlerinnen erstmals, wie gross die Rentenunterschiede zwischen Mann und Frau sind. Bis heute ist es die einzige Studie zur Frauen-Renten-Lücke in der Schweiz. Während der Bund alle zwei Jahre neue Zahlen zur Lohngleichheit publiziert, ist die Frage nach dem Zusammenhang von Geschlecht und Rente kaum je Thema.

KINDER UND KÜCHE
Dabei gilt auch bei der Rente: Das Geschlecht macht den Unterschied. Besonders dann, wenn es um Ehe und Kinderkriegen geht. Beides verschlechtert die Altersvorsorge einer Frau markant: Verheiratet hat sie im Schnitt ganze 47 Prozent weniger Rente als ihr Ehemann. Und Mütter verlieren bis zum Pensionsalter 25 Prozent ihrer Gesamtrente.
Für Männer hingegen geht's weiter wie anhin. Wenn nicht sogar ein bisschen besser: Denn Vater werden bedeutet für einen Mann im Schnitt sogar 5 Prozent mehr Rente, im Vergleich zu seinen kinderlosen Kollegen. Vorausgesetzt, er arbeitet weiter und gleich viel wie vor der Vaterschaft. Das ist allerdings fast immer der Fall: 2018 hatten nicht einmal zwei von zehn Männern einen Teilzeitjob. Bei den Frauen hingegen waren es sechs von zehn. Ein Viertel aller Frauen arbeitet in kleinen Pensen (unter 50 Prozent).

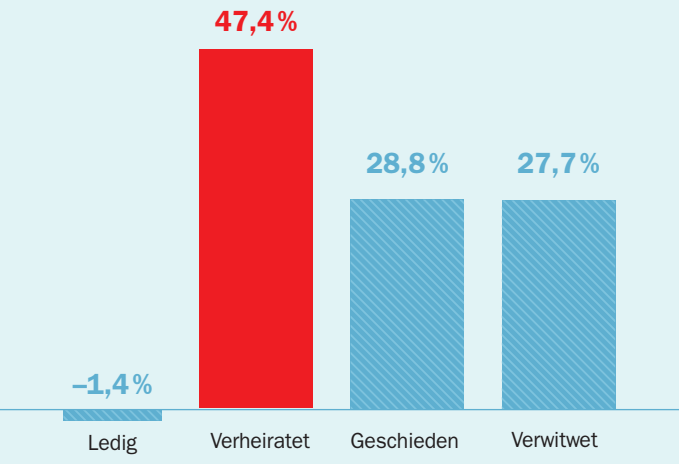
DIE AHV MACHT ES BESSER
Hat Frau einen Mann zu Hause, rutscht sie eher ins klassische Rollenbild. Vollzeit (unbezahlt) im Haushalt arbeiten oder nebenbei (zum tieferen Lohn) Teilzeit arbeiten: das rächt sich. Besonders in der Pensionskasse. Denn dort zählen einzig die Erwerbsdauer und die Einkommenshöhe. Entstehen Erwerbslücken, so können diese auch gutbezahlte Frauen gegenüber den Männern nicht wettmachen.
Immerhin: Seit die gesetzlichen Bestimmungen zur beruflichen Vorsorge Mitte der 1980er Jahre geändert wurden, ist auch Teilzeitarbeit ab einem gewissen Einkommen in der zweiten Säule versichert. Und mehr Frauen haben überhaupt eine Pensionskasse. Die Frauen-Renten-Lücke ist trotzdem riesig: Frauen erhalten durchschnittlich 63 Prozent weniger Pensionskassenrente als Männer.
Bei der AHV beträgt die Frauen-Renten-Lücke nur 2,7 Prozent. Weil bei der AHV nicht nur das Einkommen zählt, sondern auch Erziehungsarbeit und Erwerbslücken aufgefangen werden. Unter anderem durch Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, Ehegatten-Splitting und Deckelung der Minimal- und Maximalrenten. Die AHV ist also die frauenfreundlichste Altersvorsorge.

PODIUM WORK UND DENKNETZ
FRAUENSTREIK UND GENDER GAP
Wie gross ist die materielle und strukturelle Ungleichheit zwischen Frau und Mann? Was braucht es zur Überwindung dieser Ungleichheit? Und was kann der Frauenstreik dazu beitragen?

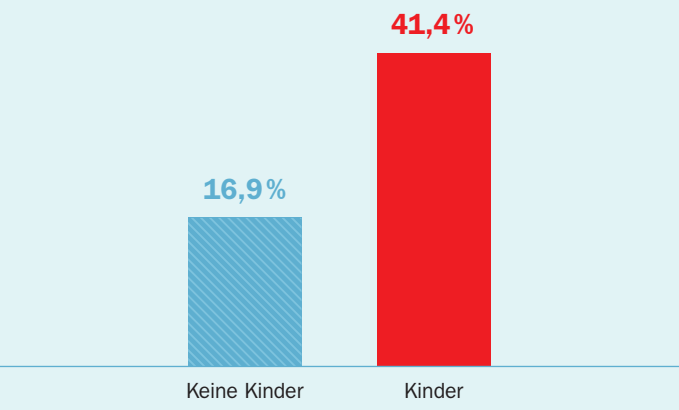
Am 25. März 2019, um 20 Uhr im Kosmos in Zürich diskutieren: Ökonomin Mascha Madörin, Juso-Präsidentin Tamara Funicello, Soziologin Ruth Gurny und SGB-Frauensekretärin Regula Bühlmann. Moderation: Denknetz-Präsidentin Ruth Daellenbach (Mehr Infos auf Seite 12).
Organisiert von der Gewerkschaftszeitung work und dem linken Denknetz.

Die Frauen-Renten-Lücke

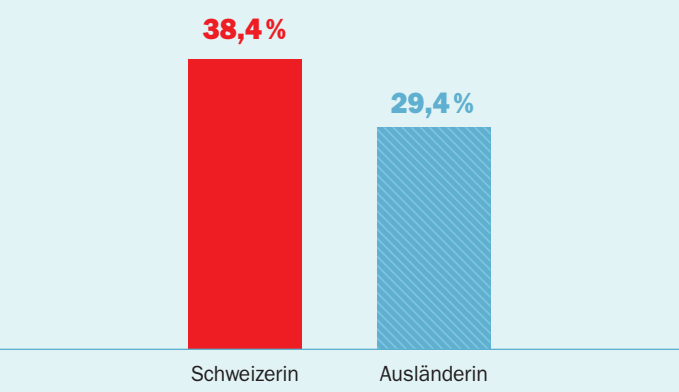
Beim Lohn ist es bekannt, bei der Altersvorsorge kaum: Das Geschlecht bestimmt mit, wer wie viel hat. Frauen in der Schweiz bekommen im Durchschnitt 37 Prozent weniger Rente als Männer. Vier Faktoren sind schuld: Zivilstand, Kinder, Ausbildung und Nationalität. Bei verheirateten Frauen mit Kindern ist die Renten-lücke massiv. Ist Frau auch noch Ausländerin und schlecht ausgebildet, kommt es für sie besonders dick.



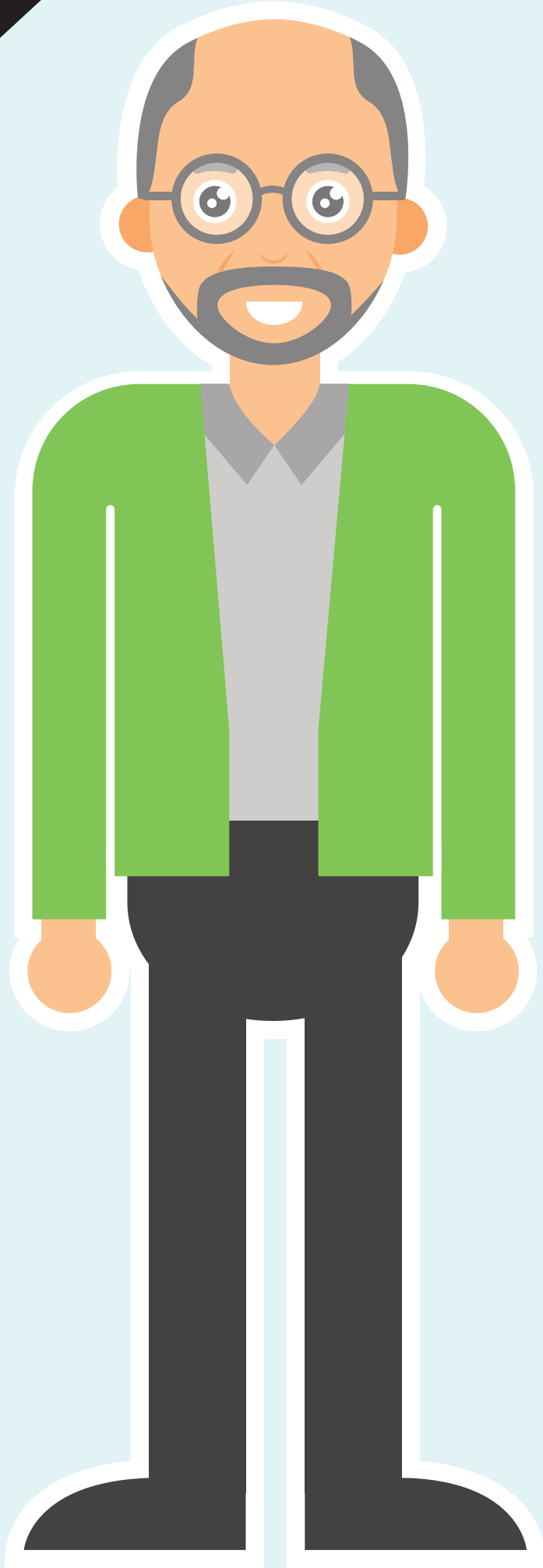
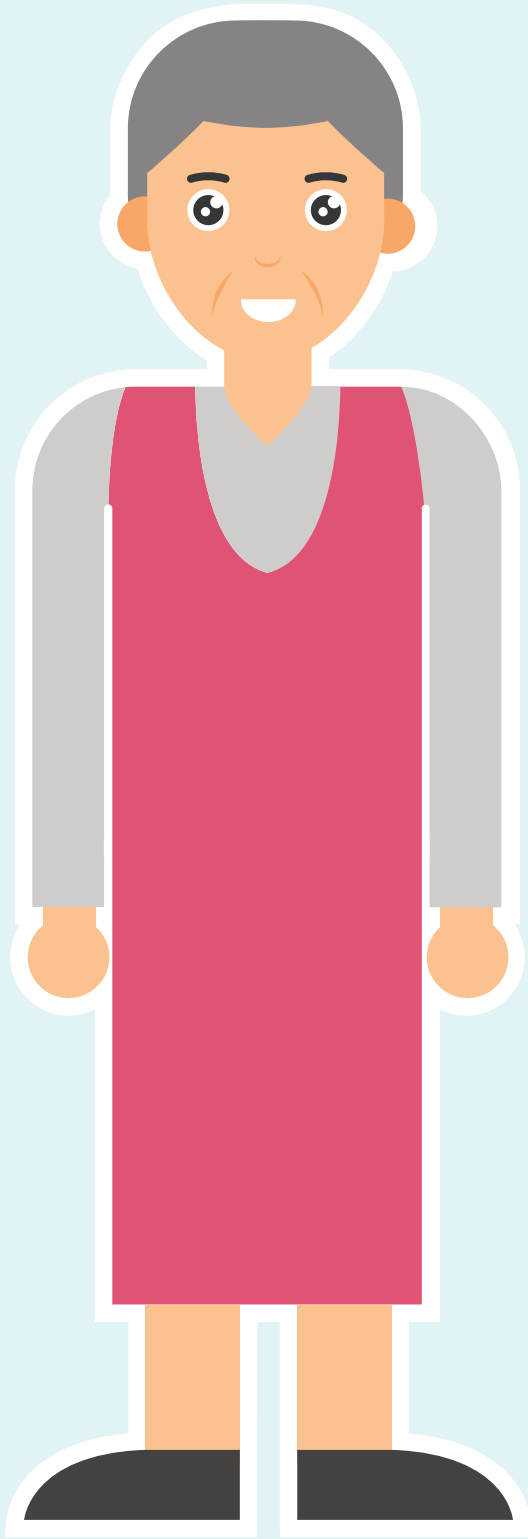
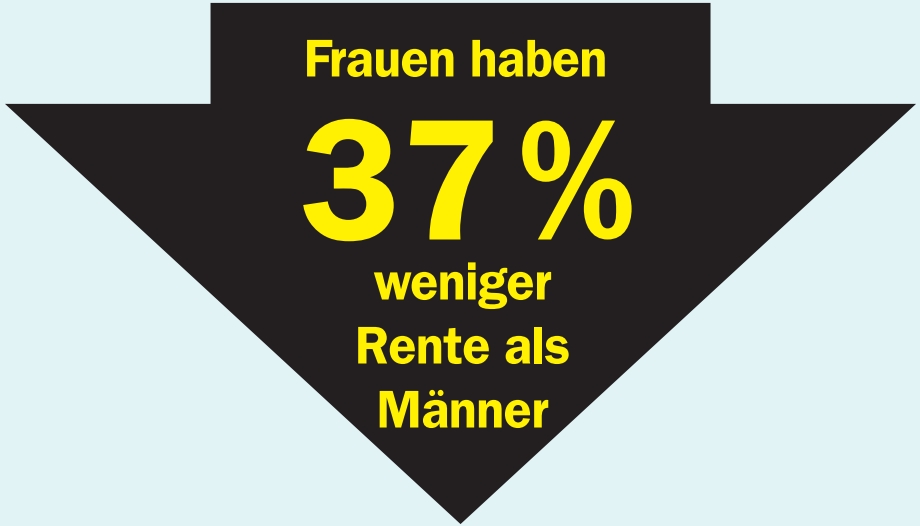
FRAUEN-RENTEN-LÜCKE NACH ZIVILSTAND
Heiraten ist Gift für Frauen. Jedenfalls, wenn es um ihre Rente geht. Über 47 Prozent weniger hat eine verheiratete Frau im Vergleich zum Mann. Der Grund: Wird geheiratet, heisst es früher oder später noch immer: Die Frau macht den Haushalt, der Mann verdient. Er zahlt in die Pensionskasse ein, sie nicht. Das ändert sich erst wieder, wenn Frau sich scheiden lässt oder Witwe wird – dank Wiederaufnahme der Berufstätigkeit und im zweiten Fall auch dank Witwenrente. Die Nase vorne hat Frau nur, wenn sie ledig bleibt: Die Renten von Solo-Frauen sind 1,4 Prozent höher als jene von Solo-Männern.



FRAUEN-RENTEN-LÜCKE NACH KINDERN
Kinder verändern das Leben. Bei Müttern vor allem auch die Rente: Während der Rentenunterschied zwischen Frauen und Männern ohne Kinder noch bei rund 17 Prozent liegt, steigt er unter Eltern auf satte 41,4 Prozent. Der Grund ist auch hier: die traditionellen Geschlechterbilder. Frauen ziehen sich noch heute stärker aus dem Berufsleben zurück, wenn sie Mütter werden. Sie übernehmen den Grossteil der unbezahlten Erziehungs- und Hausarbeit und verdienen, wenn überhaupt, in kleineren Teilzeitpensen. Für Männer hingegen geht es auch als Väter im Beruf meist weiter wie bisher.



FRAUEN-RENTEN-LÜCKE NACH NATIONALITÄT
Die Geschlechterfrage ist auch eine Frage des Passes: Schweizerinnen haben im Alter 38,4 Prozent weniger als Schweizer, während die Rentenlücke bei Personen ohne Schweizer Pass ganze 9 Prozent kleiner ist. Der Grund: Ausländerinnen arbeiten öfter Vollzeit als Schweizerinnen. Deshalb ist ihre Rente näher an derjenigen ihrer Männer. Dazu kommt, dass Personen ohne Schweizer Pass öfter nur die AHV haben oder nur tiefe Pensionskassen, unabhängig vom Geschlecht. Das Rentengefälle wird dadurch kleiner.



QUELLE: ROBERT FLUIDER, RENATE SALZGEBER: DAS RENTENGEFÄLLE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN, STUDIE IM AUFTRAG DES BUNDESAMTES FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN / GRAFIK: TNT GRAPHICS



-47,4%
Verheiratete Frauen haben im Alter durchschnittlich 47,4 Prozent weniger Rente als verheiratete Männer.



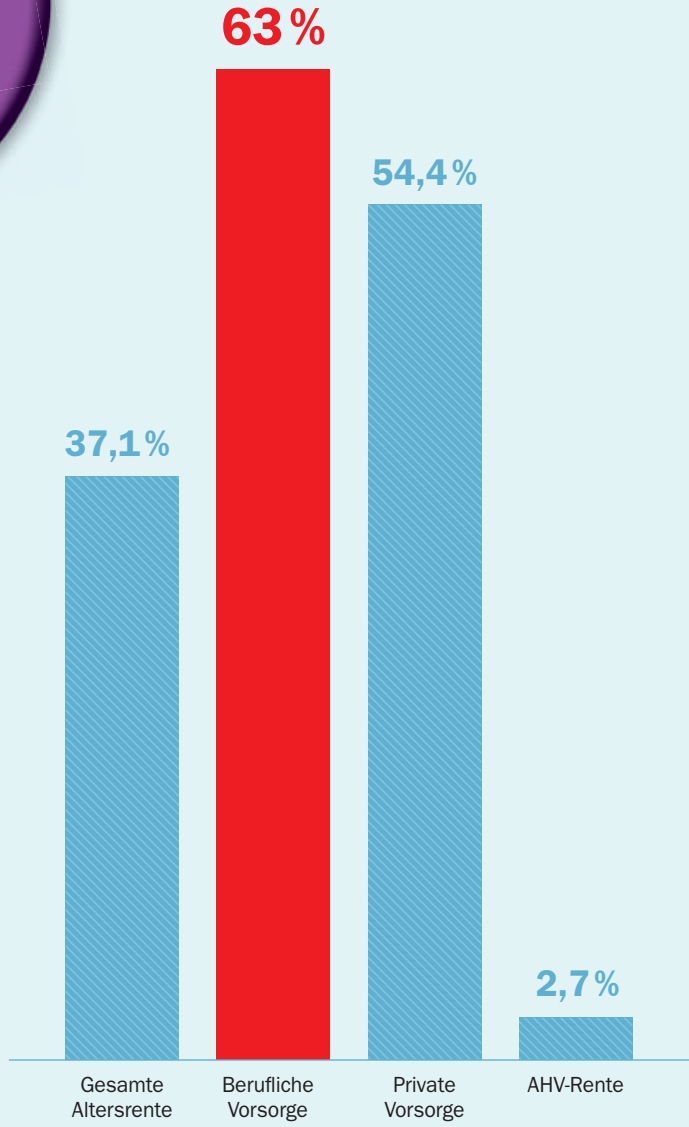
-41,4%
Mütter haben im Durchschnitt eine 41,4 Prozent kleinere Rente als Väter.



-22%
Unabhängig vom Geschlecht haben Ungelernte im Durchschnitt 22 Prozent weniger Rente als Top-Ausgebildete (u. a. Universitätsabschluss).

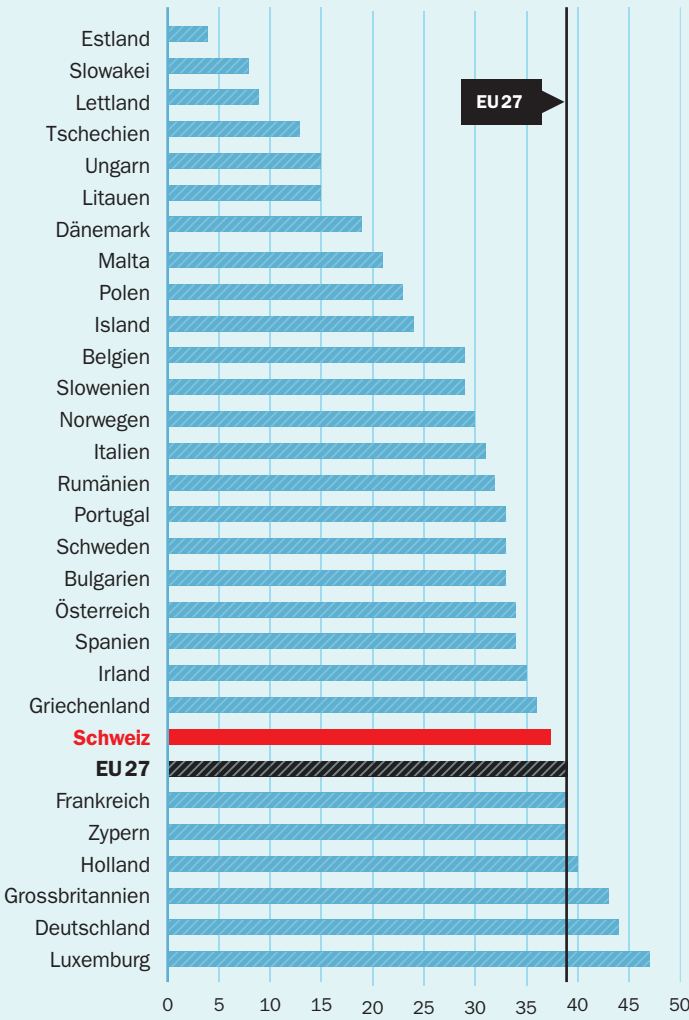


-19%
Personen ohne Schweizer Pass haben unabhängig vom Geschlecht durchschnittlich 19 Prozent weniger Rente als Schweizerinnen und Schweizer.



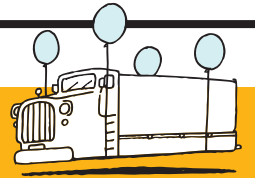
FRAUEN-RENTEN-LÜCKE IN DEN DREI SÄULEN

Ganze 37 Prozent haben Frauen weniger an Rente als Männer. Der grösste Teil dieser Rentenlücke wird von der Pensionskasse (PK) verursacht. Die PK-Renten bei Frauen sind 63 Prozent tiefer als bei Männern. Die meisten Frauen haben gar keine oder nur eine geringe Pensionskasse – sie leben im Alter vor allem von der AHV. Wenigstens dort spielt das Geschlecht kaum eine Rolle: Die AHV-Rente ist für Frauen und Männer praktisch gleich hoch. Während tiefere Löhne, Erwerbsunterbrüche und fehlende Ausbildung in der zweiten und dritten Säule abgestraft werden, gilt dies bei der AHV nicht.



FRAUEN-RENTEN-LÜCKE IN EUROPA

Ausgerechnet in reicheren Staaten sind die Rentenunterschiede zwischen Mann und Frau gross. Luxemburg hat den grössten Rentenunterschied (mit 45 Prozent), aber auch das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ähnlich ist die Situation in der Schweiz. Dabei spielt mit, dass Geschlechterunterschiede im Westen nach dem Krieg stärker zementiert wurden als im Osten. Zentral ist zudem die Ausgestaltung des Rentensystems: Je stärker die Rente ans Einkommen gebunden ist, desto grösser die Lücke zwischen Mann und Frau.



Wasserstoffmotoren: Überholt Giezendanner Sommaruga?

Der ökologische Rückstand der Schweiz wird nicht kleiner, sondern grösser, weil die EU vorwärtsmacht. Sie setzt die Autoindustrie unter CO₂-Druck. Die neue Umweltministerin Simonetta Sommaruga lamentiert nur, ganz im Gegensatz zum SVP-Polteri und Fuhrhalter Ueli Giezendanner.

Auf dem Papier sieht immer alles gut aus. Gestern galt: Der Diesel verbrennt Sprit effizienter als ein Benzin. Und die Umweltprobleme habe man im Griff. Aufgrund der Akten der Staatsanwaltschaft im norddeutschen Braunschweig steht fest: Während Jahren arbeiteten Mercedes, BMW und Volkswagen hinterrum zusammen. Nicht, um ihre Motoren zu verbessern, sondern, um gemeinsam den Staat sowie die Autokäuferinnen und Autokäufer zu beschleichen. Ein Audi-Manager brachte es intern so auf den Punkt: «Meine Einschätzung: Ganz ohne Beschleichen werden wir es nicht schaffen.» In den Papieren der Auto-konzerne stand: «Keineswegs der Behörde zeigen.»

In den USA musste VW wegen dieses Dieselskandals finanziell massiv bluten. In Deutschland und auch in der Schweiz muss die Autoindustrie die Dieselaautos hingegen nicht einmal mit Katalysatoren nachrüsten. Obwohl dies zu vernünftigen Preisen möglich wäre. Vielleicht wird jetzt die EU – im Gegensatz zu Deutschland und der Schweiz – diesem Diesel-Gangster-Kartell eine Milliardenbusse aufbrummen. Wäre immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

AUSGERECHNET GIEZENDANNER! Folgendes müsste uns zu denken geben: Die Grünen waren 1992 gegen den EWR. Aus Umweltgründen. Ruedi Strahm hatte damals in einem Buch den Untergang der ach so umweltfreundlichen Schweiz an die Wand gemalt. Eingetreten ist genau das Gegenteil: Die EU verlangt von der Autoindustrie eine schnelle Reduktion des CO₂-Ausstosses und wird die Diesel-Gangster büssen.

Wer die Interviews der neu zuständigen Bundesrätin liest, realisiert unschwer: Der ökologische Rückstand der Schweiz wird nicht kleiner, sondern grösser. Simonetta Sommaruga lamentiert über die Mamis und Papis, die mit ihren SUV-Säufchen die Gassen in den Städten umherfahren.

Umgekehrt kündigt Ueli Giezendanner in der «Schweizer Illustrierten» (SI) an: Die Zukunft ist für mich ganz klar der Wasserstoffmotor. Die Ressource Wasser haben wir, und man kann dafür auch gebrauchtes Wasser nehmen. Ich bin überzeugt, die Giezendanner-LKW der Zukunft werden in zehn Jahren mehrheitlich wasserstoffbetrieben sein.

Die SI ist keine Schrittmacherin des ökologischen Umbaus. Das Gegenteil ist richtig. Und SI-Stammgast Ueli Giezendanner ist ein rechter Polteri, er kam von der Autopartei und löste sich in der SVP auf. Setzen sich Batterien oder Wasserstofflastwagen durch? Machen wir kein Büro auf: Giezendanner ist bereit, innert 10 Jahren seine Flotte umzurüsten. Zusammen mit Transporteur Schöni, auf dessen Lastwagen sinnigerweise die Werbung «Yes we can» prangt.



GAS GEBEN MIT GAS: Der Scania-Flüssiggasantrieb kommt ohne weitere Treibstoffe aus. Das heisst konkret: 0 Prozent Diesel, 55 Prozent weniger Stickoxide, 50 Prozent weniger Lärm und 15 Prozent weniger CO₂. FOTO: SCANIA

PLANUNGSSICHERHEIT. Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) ist in Sachen alpenquerender Transitverkehr eine einmalige Erfolgsgeschichte: Dank der LSVA verkehren auf unseren Strassen weniger Lastwagen, als wenn wir bei der 28-Tonnen-Beschränkung geblieben wären, wie dies Rudolf Strahm und Christoph Blocher forderten. Mit den Einnahmen aus der LSVA wird schwerge-wichtig die Bahninfrastruktur ausgebaut.

Fuhrhalter wie Schöni und Giezendanner brauchen Planungssicherheit. Damit sie ihre Lastwagen wirklich schnell auf neue, erneuerbare Energien umstellen, müsste ihnen Simonetta Sommaruga versprechen, dass sie bis ins Jahr 2030 einen Viertel weniger LSVA zahlen müssten.

LINKS ZUM THEMA:

● www.schoeni.ch
Die Schöni haben 22 neue Scania-Laster angeschafft, die mit Flüssiggas angetrieben werden. Ein Schritt in die richtige Richtung. Chapeau! Sie werden auf jeden umweltfreundlichen Zug aufspringen, der sich rechnet. Die Politik, genauer Umweltministerin Simonetta Sommaruga, muss nur die Rahmenbedingungen richtig stellen.

● rebrand.ly/tesla-semi
Bisher waren die Amerikaner auf russische Raketen angewiesen, um ihre Raumstation ISS zu versorgen. Neu versorgt Elon Musk mit eigenen Raketen die Raumstation. Und will noch dieses Jahr einen sparsamen Elektro-SUV für Mamis und Papis auf den Markt bringen. 2019 soll der Tesla Semi-Truck folgen, der mit einer 1000-kWh-Batterie eine Reichweite von 800 Kilometern aufweisen soll. Und nur 300 000 Franken kosten soll. Mit etwas Verspätung ist zu rechnen. Aber Schöni und Giezendanner werden aufspringen, wenn die neue Bundesrätin die Weichen richtig stellt.

● rebrand.ly/lsva
Diese Broschüre des Bundes erklärt, wie die LSVA funktioniert. Wer in der Verkehrspolitik mitdenken und -reden will, sollte sie studieren.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Frauenstreik. Punkt. Schluss! Frauenstreik. Punkt. Schluss?

Zwei Diskussions-Veranstaltungen im Vorfeld des 14. Juni 2019, organisiert von der Gewerkschaftszeitung work und dem Denknetz

Frauenstreik und Gender Gap

Wie gross ist die materielle und strukturelle Ungleichheit zwischen Frau und Mann? Und was braucht es zur Überwindung dieser Ungleichheit?

25. März 2019, 20 Uhr • Kosmos, Lagerstrasse 104, Zürich

Mascha Madörin Ökonomin • Ruth Gurny Soziologin, ehem. Professorin ZHAW • Tamara Funicello Präsidentin JUSO Schweiz • Regula Bühlmann Zentralsekretärin Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

Moderation: Ruth Daellenbach, Präsidentin Denknetz

Frauenstreik 1991–2019

Wie kam es zum Frauenstreik 1991, und was hat er bewirkt? Vom Women's March zu #MeToo: Was bringt die neue Frauenbewegung? Und wohin steuert der Frauenstreik 2019?

25. April 2019, 18 Uhr • Progr, Waisenhausplatz 30, Bern

Sandra Künzi Slam-Poetin und work-Frauenstreik-Kolumnistin • Caroline Arni Geschichtspräsidentin Uni Basel • Vania Alleva Präsidentin Unia • Anne Fritz SGB-Kampagnenverantwortliche Frauen*streik • Franziska Stier Mitinitiantin des «Feministischen Streiks Basel» • Dore Heim Frauenstreik-Mitorganisatorin 1991 Moderation: Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work

14.06.2019

Wir freuen uns auf Dein/Ihr/Euer Kommen! Eintritt frei.

Denknetz
réseau de réflexion
pensieri in rete
think network

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

So wurden jurassische Uhrenarbeiter zu Anarchisten

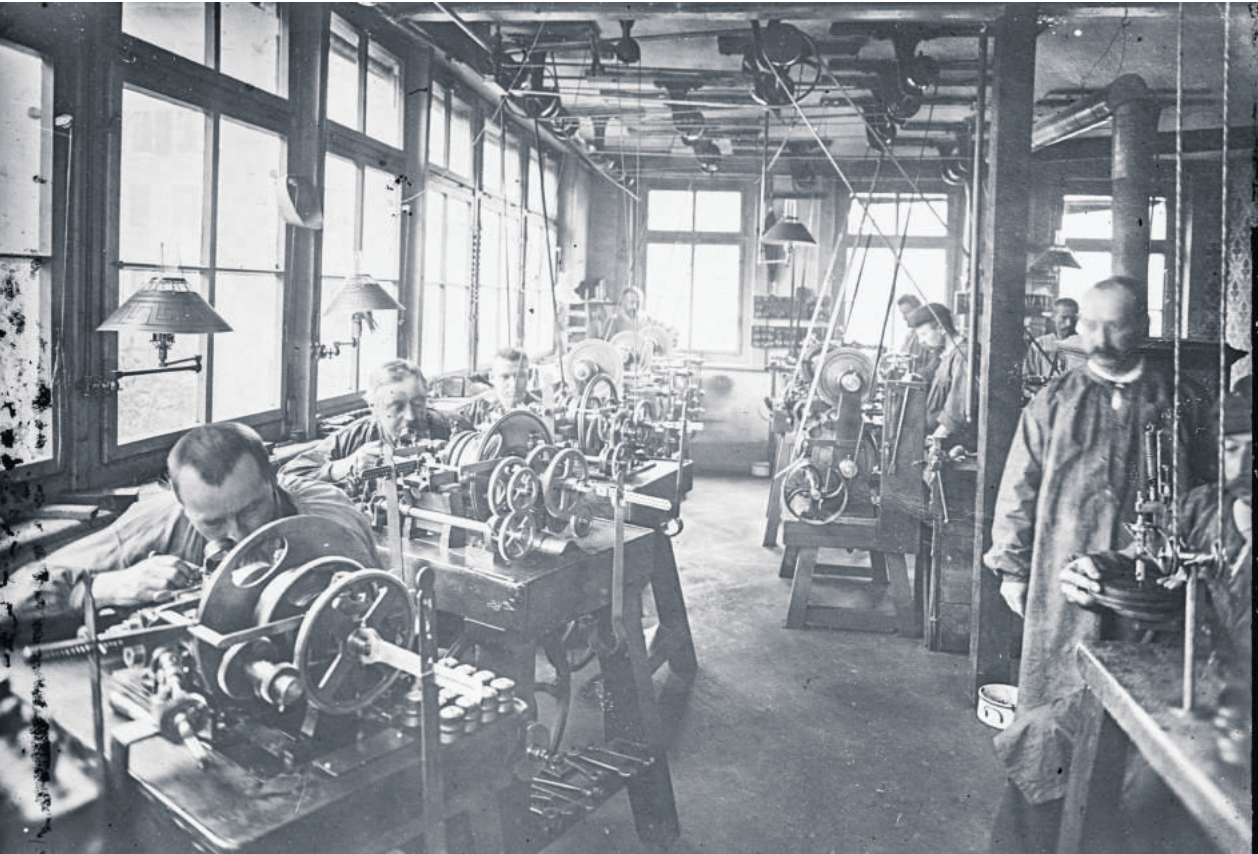
Lieber Anarchie als Marx

Vor hundertfünfzig Jahren bekannten sich Uhrmacher im Berner Jura zum Anarchismus. Sie waren Pioniere. Wie das kam, zeigt eine neue Studie.

RALPH HUG
Ein Städtchen im Berner Jura schreibt Weltgeschichte: Saint-Imier ist der eigentliche Geburtsort des Anarchismus. Das hat Florian Eitel erforscht. Der heutige Kurator des Neuen Museums Biel hat fünf Jahre lang akribisch die Spuren der Uhrmacher von Saint-Imier und Sonvilier BE untersucht. Das hat vor ihm noch niemand getan. Eigentlich erstaunlich, denn diese Bützer waren Pioniere der Arbeiterbewegung. Um 1870 schlossen sie sich in der Juraföderation zusammen und machten gegen Marx mobil. Obwohl sie wie Marx die Revolution anstrebten. Aber sie hielten die Selbstverwaltung hoch und waren gegen jede Herrschaft, auch diejenige des Staates. Deshalb wurden sie Anarchisten genannt.

ANARCHISTEN-COMMUNITY
Zwar gilt der Russe Michail Bakunin als Begründer des Anarchismus. Doch Florian Eitel kann zeigen, dass im Berner Jura schon zuvor anarchistische Ideen zirkulierten. Sie stammten vom Lehrer James Guillaume und vom Graveur Adhémar Schwitzguébel, zwei Aktivisten aus der Region. Beide predigten die soziale Revolution und die Überwindung des Kapitalismus.

Saint-Imier BE gilt als der Geburtsort des Anarchismus.
Und glaubten fest daran, dass es bald so weit sei. Mehrere Hundert Uhrmacher glaubten das auch. So bildete sich im Jura eine anarchistische Community – die erste der Welt. Es gibt gute Gründe, weshalb sich der Anarchismus just bei den Uhrmachern von Saint-Imier und Sonvilier so stark ausbreiten konnte. Das Tal veränderte sich in den 1860er



PRÄZISIONSARBEIT: Uhrmacheratelier im Berner Jura, Ende des 19. Jahrhunderts. FOTO: NMB

Sie wollten frei sein



EIGENSTÄNDIG: Uhrmacher an seiner Werkbank, undatiert. FOTO: NMB
«Ni dieu ni maître» (Ungefähr: Weder Gott noch Herr) lautet ein berühmter Slogan des Anarchismus. Davon träumten auch die Uhrmacher im Berner Jura in den 1870er Jahren. Ihnen schwebte eine föderalistische Gesellschaft freier Produzenten vor. Doch als diese auf sich warten liess, verloren sie den Glauben. Die erste anarchistische Gemeinschaft der Welt löste sich auf. Die Idee blieb aber lebendig. In Spanien und Italien dominierte der Anarchismus für lange Zeit die Arbeiterbewegung. (rh)

Jahren tiefgreifend. Die Eisenbahn kam, die Telegrafie ging in Betrieb. Longines baute eine Uhrenfabrik und produzierte für den Weltmarkt, die Bevölkerung vervielfachte sich, und das alles in kürzester Zeit. Es waren die Jahre der frühen Globalisierung. Sie verwandelte nicht nur die Gegend, sondern auch das Denken der Menschen radikal.

LEGENDÄRER KONGRESS
Die Uhrmacher spürten den Umbruch. Obwohl sie mehr Lohn als andere Industriearbeiter hatten, waren sie verunsichert. Von heute auf morgen konnten sie ins Elend fallen. Das weist Autor Eitel anhand der Steuer- und Sozialregister nach. Diese Gefährdung schweisste die Uhrenarbeiter zusammen. Und der Anarchismus bot ihnen die Hoffnung auf eine bessere Welt. 1872 fand der legendäre Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) in Saint-Imier statt. 43 Delegierte aus ganz Europa kamen im Jura zusammen. Auch Bakunin war da. Die Konferenz gilt als Geburtsstätte des Anarchismus.

Denn hier wurde die Kritik an Marx formuliert. Man warf ihm Zentralismus und diktatorisches Verhalten

Die Uhrmacher spürten in den 1860er Jahren den Umbruch.

vor. Obwohl Marx nie im Jura war, kam es zur grossen Fehde zwischen ihm und Bakunin. Die spätere Rivalität zwischen Marxismus und Anarchismus hatte ihren Ausgangspunkt in der Schweiz. Und so wie Zimmerwald BE der Erinnerungsort des Kommunismus ist, weil dort Lenin 1915 den Kampf gegen den Kapitalismus propagierte, ist Saint-Imier der Erinnerungsort des Anarchismus. Diese Tradition ist heute immer noch lebendig, etwa im Kulturzentrum «Espace noir» oder an Veranstaltungen, an denen Anarchistinnen und Anarchisten aus aller Welt teilnehmen.
Florian Eitel: **Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz.** Verlag Transcript, Bielefeld 2018. CHF 88.–

Fotoausstellung Sichere Schweiz?

Die Schweiz ist bekannt als sicheres Land. Doch was heisst das? Der Fotograf Salvatore Vitale wollte es wissen. In einem mehrjährigen Projekt ging er der einheimischen Sicherheitsindustrie nach, die jährlich Millionen umsetzt. Vitales Schau in der Fotostiftung Winterthur ist mehr als nur eine



Schweizer Grenze, Chiasso, 2016.
FOTO: SALVATORE VITALE

Fotoausstellung. Es ist eine vielschichtige Installation, die oft jene Bedrohungsgefühle erst weckt, welche die Sicherheitsindustrie beseitigen will. Unheimlich, wie sicher diese Schweiz ist: Das könnte die kritische Botschaft des Fotografen sein, der aber nicht belehren will. Dafür blickt er in eine Zukunft, die schon da ist: jene mit Drohnen, Robotern und künstlicher Intelligenz.

Fotostiftung Schweiz, Winterthur. Bis 26. Mai. www.fotostiftung.ch

Vom Widerstand Den Mut nicht verlieren

Trump, Putin, Blocher: Wir leben in schwierigen Zeiten. Wie da den Mut zum Widerstand nicht verlieren? Dies fragen sich Engagierte in aller Welt. Darauf gibt es Antworten von klugen Leuten wie Carolin Emcke, David Harvey oder Silvia Federici. Mit ihnen hat sich die kanadische Publizistin Fiona Jeffries unterhalten. Daraus ist der Gesprächsband «Wir haben nichts zu verlieren ausser unsere Angst» entstanden. Ein Reader für Widerständige, die sich vom Vormarsch von Nationalismus, Rassismus und auch Neofaschismus nicht beirren lassen. Widerstand ist nötiger denn je, die Ermutigung dazu auch.



Fiona Jeffries: **«Wir haben nichts zu verlieren ausser unsere Angst. Vom Widerstand in schwierigen Zeiten»**, 244 Seiten, Rotpunktverlag, Zürich 2019, ca. CHF 26.–

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart

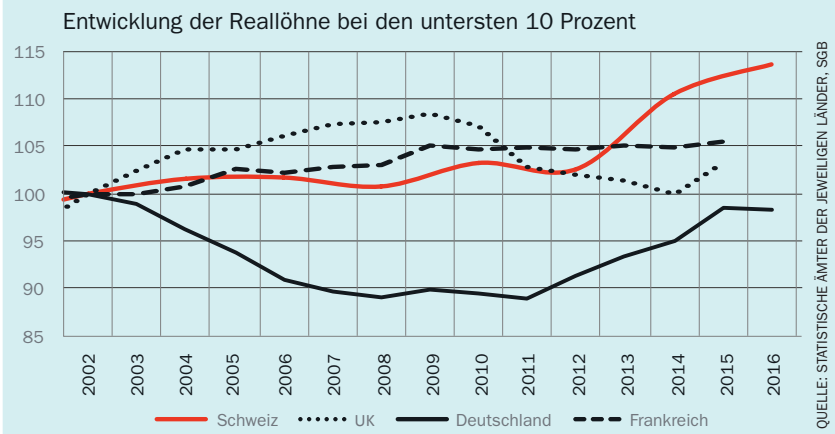


MEHR LOHN – DANK LOHNSCHUTZ UND GEWERKSCHAFTEN

In den letzten Jahren waren die Bedingungen für Lohnerhöhungen in der Schweiz alles andere als günstig. Der Franken wertete sich sehr stark auf. Die Konjunkturlage war auch in den Jahren nach der Finanzkrise immer wieder unsicher. Zusätzlich wurde es für ausländische Malergeschäfte, Kamerateams und Informatikfirmen wegen der Personenfreizügigkeit einfacher, in der Schweiz zu arbeiten. Das brachte eine gewisse Dumpinggefahr mit sich. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage stiegen die Schweizer Löhne in den letzten 10 Jahren um rund 10 Prozent. Besonders erfreulich ist, dass die untersten Löhne sogar noch leicht stärker stiegen. Die Gewerkschaften spielten eine wichtige Rolle. Die offensive GAV-Politik und die Mindestlohninitiative haben sich für die Berufstätigen in den Betrieben ausbezahlt. Und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (FlaM) sicherten die Löhne gegen

Missbräuche ab. Viele Firmen mussten sogar ihre Löhne erhöhen, weil sie von den Kontrollorganen dazu aufgefordert wurden.
ANGRIFF. Im europäischen Vergleich ist die Schweiz eindeutig ein Positivbeispiel. In Deutschland wurden die tiefsten Löhne sogar auch politisch unter Druck gesetzt. Und in England haben es die Gewerkschaften verschlafen, flankierende Massnahmen durchzusetzen. Dieses Erfolgsmodell wird nun angegriffen – über das sogenannte Rahmenabkommen. FDP-Bundesrat Cassis und Staatssekretär Balzaretto wollen über die Europapolitik in der Schweiz erstmals soziale Verschlechterungen durchdrücken. Indem sie die FlaM abbauen wollen. Die Schweizer Grosskonzerne unterstützen sie dabei tatkräftig. Die von ihnen mit vielen Millionen finanzierte Organisation Avenir Suisse begann bereits im Jahr 2017, scharf auf die FlaM zu schies-

In den letzten 10 Jahren stiegen die Schweizer Löhne



sen. Die FlaM würden «tiefqualifizierte Arbeit» verteuern und zu «struktureller Arbeitslosigkeit» führen, behauptet Avenir Suisse. Die Schweiz steht lohn- und sozialpolitisch vor einer Weichenstellung. Eine europapolitische Öffnung muss für die Normalverdienenden positiv sein.

Die flankierenden Massnahmen dürfen deshalb nicht preisgegeben werden. Die unsoziale Europapolitik von Bundesrat Cassis führt hingegen in die Sackgasse.
Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Politforum Bern Jenische und Sinti

Sie leben mobil und haben darin ihre Freiheit: Jenische und Sinti gehören zur Schweiz und sind als Minderheiten anerkannt. Auch wenn sie immer noch gegen viele Vorurteile anzukämpfen haben. Die Wanderausstellung «Latschodiwes – Sinti, die unbekannteste Minderheit der Schweiz» sowie «Deine unbekannten Nachbarn» der Radgenossenschaft der Landstrasse zeigt das Leben dieser beiden Gruppierungen, erklärt ihre Kultur und weist auf ihre Bedürfnisse hin. Zum Beispiel gute Standplätze fürs Winterquartier oder geeignete Orte für die Rast während der sommerlichen Reise.

Politforum Bern im Käfigturm. Bis 23. März. www.polit-forum-bern.ch



Das offene Ohr

Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Gültiger Vertrag: Wie komme ich da wieder raus?

Da ich länger arbeitslos war, habe ich vor drei Wochen einen auf sechs Monate befristeten Arbeitsvertrag mit einer Bäckerei abgeschlossen. Die Möglichkeit zu kündigen ist darin nicht vorgesehen. Arbeitsantritt wäre am 1. April 2019. Vor ein paar Tagen hatte ich ein Vorstellungsgespräch bei einer anderen Firma. Das Gespräch lief sehr gut. Der Lohn wäre um einiges höher, und das Arbeitsverhältnis wäre unbefristet. Heute wurde mir die Stelle telefonisch angeboten. Ich könnte dort sofort anfangen. Ich muss nur noch zusagen. Soll ich die Stelle annehmen?

REGULA DICK: Ja, denn längerfristig ist es die bessere Option. Allerdings sind Sie mit der Bäckerei ein Arbeitsverhältnis eingegangen und daher verpflichtet, diese Stelle anzutreten. Wenn Sie den Job in der Bäckerei ungerechtfertigt nicht antreten, kann der Chef von Ihnen einen Viertel des Monatslohnes als Entschädigung verlangen. Zudem schulden Sie ihm Schadenersatz. Diesen Schaden müsste die Bäckerei aber beweisen. Ich rate Ihnen, dem Arbeitgeber der befristeten Stelle sofort schriftlich mitzuteilen, dass Sie die Stelle nicht antreten werden. So dass dieser nach einem Ersatz suchen kann und der Schaden, der ihm entsteht, so klein wie möglich bleibt. Falls Sie beweisen können, dass es zu keinem Schaden kam oder dieser nur sehr gering war, könnte ein Richter die Entschädigung unter Umständen herabsetzen.

Kündigung: Wer bezahlt die Minusstunden?

Ich arbeite seit einigen Jahren für eine Reinigungsfirma. Vereinbart wurde eine Arbeitswoche von 42 Stunden. Der Firma geht es schlecht, die Auftragslage schwankt stark. Ich werde häufig nach ein paar Stunden wieder nach Hause ge-



ZU WENIG ARBEIT: Lässt Ihre Chefin Sie weniger als die vereinbarten Stunden arbeiten, muss sie Sie trotzdem entlöhnen. FOTO: PIXABAY

schickt oder erhalte am Vortag einen Anruf, dass ich am andern Tag freinehmen müsse, weil keine Arbeit vorhanden sei. Ich habe inzwischen etwa 60 Minusstunden. Ich fand nun eine bessere Stelle und habe deshalb per Ende April 2019 gekündigt. Meine Chefin hat nun angekündigt, sie werde die Minusstunden vom letzten Lohn abziehen. Darf sie das?

REGULA DICK: Nein, das darf sie nicht. Sie haben einen vertraglichen Anspruch auf 42 Arbeitsstunden pro Woche. Schickt Ihre Chefin Sie nach Hause, gerät sie in sogenannten Annahmeverzug. Die Firma ist also für die Minusstunden verantwortlich. Deshalb darf sie die Minusstunden nicht von Ihrem Lohn abziehen.

Der Wahlservice für EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz

Jetzt ein Zeichen setzen – in den EU-Wahlen!

Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten ermöglicht auch jenen Bürgerinnen und Bürgern, die im Ausland leben, die Teilnahme an der Parlamentswahl vom 26. Mai. So funktioniert's.

MARTIN JAKOB

Ende Mai wählt das Volk in 27 Ländern der EU sein neues europäisches Parlament. Für die nächsten fünf Jahre werden damit die politischen Kräfteverhältnisse in einem der wichtigsten Gremien der Europäischen Union bestimmt (siehe «Rat der Nationen»). Da gilt es zu verhindern, dass die neuen rechten Bewegungen ihren Vormarsch auf Länderebene nun auch im EU-Raum fortsetzen und gleichzeitig die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zu stärken. Jede Stimme zählt!

WER WÄHLEN DARF

Nicht alle EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in der Schweiz Wohnsitz haben, können von hier aus an der Wahl teilnehmen. Keine Möglichkeit besteht für Bulgarien, Griechenland, Irland, Malta, die Slowakei, Tschechien und Zypern. Auch Italien macht die persönliche Stimmabgabe in der italienischen Heimatgemeinde zur Bedingung (siehe unten). Für die EU-Staaten, aus denen besonders viele Bürgerinnen und Bürger hier leben, hat work die wichtigsten Regeln zusammengestellt.

Deutschland. Um an der Europawahl teilzunehmen, müssen Deutsche vor jeder Wahl bei der Gemeinde, in der sie in Deutschland zuletzt wohnhaft waren, einen Antrag auf Eintragung in das Wählerinnenverzeichnis stellen, und zwar spätestens 21 Tage vor der Wahl (EU-Wahl: bis 5.Mai). Nach der Eintragung erfolgt die Stimmabgabe schriftlich. rebrand.ly/europa_D

Frankreich. Bis spätestens am 31.März 2019 muss die Registrierung in der «liste électorale consulaire» in der französischen Botschaft oder in den Konsulaten

erfolgen. Die Stimmabgabe findet danach in der Botschaft und in den Konsulaten statt. rebrand.ly/europa_F

Italien. Italienerinnen und Italiener müssen ihre Stimme persönlich in der italienischen Heimatgemeinde abgeben («comune di registrazione A.I.R.E.»). Dazu ist ein Wahlzertifikat nötig, das «certificato elettorale». Die italienischen Behörden in der

Es gilt, den Vormarsch der neuen Rechten im EU-Raum aufzuhalten.

Schweiz werden in den nächsten Tagen kommunizieren, ob die Bahn Rabatte auf die Tickets für Züge und Fähren gewährt. Informationen sind auf den Websites der italienischen Botschaft und den konsularischen Dienststellen in der Schweiz veröffentlicht. rebrand.ly/europa_I

Kroatien. Wer nicht über eine E-Identitätskarte verfügt, muss sich bis spätestens 10 Tage vor dem Wahlsonntag in der Botschaft oder im Konsulat registrieren (Formular: rebrand.ly/europa_K). Die Stimmabgabe hat danach in der Botschaft in Bern oder im Konsulat in Zürich zu erfolgen.

Niederlande. Wer im Ausland wohnt und weiterhin sein Wahlrecht wahrnehmen will, muss sich einmal registrieren und erhält danach die Wahlunterlagen jeweils automatisch. Wer noch nicht registriert ist, sollte dies bis 11. April nachholen, um an der EU-Parlamentswahl vom 26.Mai teilnehmen zu können. rebrand.ly/europa_N



WORKTIPP

ALLE EU-LÄNDER

Ist das EU-Land, in dem Sie wahlberechtigt sind, in unserer Zusammenstellung nicht aufgeführt? EU-Bürgerinnen und Bürger aller Staaten finden Kurzinformationen über ihre Wahlrechte bei einem Wohnsitz im Ausland auf der Website zu den Europa-Wahlen 2019: rebrand.ly/europa_Alle

VOLKSWAHL: Ende Mai entscheiden die Bürger

Polen. Spätestens drei Tage vor der Abstimmung muss in der Botschaft der Antrag auf Registrierung eintreffen. Der Antrag kann mündlich, per Brief oder per E-Mail erfolgen. Die Stimmabgabe ist danach nur am 26.Mai persönlich in der Botschaft in Bern möglich. rebrand.ly/europa_Pol

Portugal. Seit August 2018 erfolgt mit der Anmeldung bei der Botschaft in Bern oder bei den

konsularischen Vertretungen in Genf, Zürich, Sitten und Lugano automatisch auch die Wahlregistrierung. Portugiesische Bürgerinnen und Bürger, die sich vor August 2018 bei den Vertretungen angemeldet haben, können sich bis 60 Tage vor der Wahl registrieren (für die EU-Parlamentswahl 2019 bis spätestens am 27.März). Ob man bereits registriert ist, lässt sich auch online prüfen: rebrand.ly/europa_Por1

Die Stimmabgabe kann danach bis am 26.Mai per Brief oder in den Wahllokalen der Botschaft

Hilfe aus dem Entschädigungsfonds Asbestkrebs – die

Noch immer erkranken jährlich 120 Menschen am Asbestkrebs. Dabei ist Asbest seit 1990 verboten. Betroffene und Angehörige erhalten Hilfe aus dem Fonds EFA.

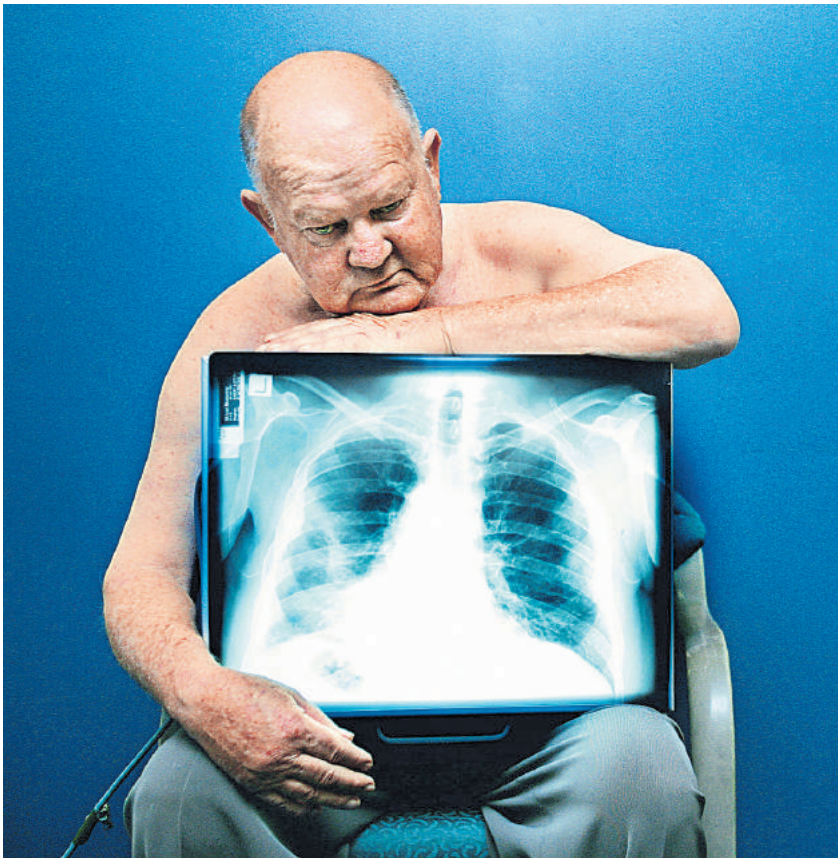
MARTIN JAKOB

Die Arbeit mit Asbest kann tödlich sein. Wer die Fasern einatmet, läuft Gefahr, an einem bösartigen Tumor im Bauch- oder Brustfell zu erkranken, dem malignen Mesotheliom. Bis 1990 setzten Industrie und Baugewerbe Asbest für viele Zwecke ein. Dann wurde das Material in der Schweiz verboten. Aber seine todbringende Wirkung hält bis heute an. Denn zwischen dem erstmaligen Umgang mit Asbest und dem Ausbruch der Krankheit

können 15 bis 45 Jahre verstreichen. Und nach wie vor kann es zu gefährlichen Kontakten kommen, denn Asbest ist in vielen Gebäuden verbaut und steckt auch in Industriegütern oder sogar in Haushaltsmaschinen aus der Zeit bis 1990.

Neben den Personen, die bei ihrer Arbeit mit Asbest in Berührung kamen, können auch Angehörige von einer Erkrankung betroffen sein. Zum Beispiel Frauen, die regelmäßig mit Asbestfasern belastete Berufskleidungen wuschen. Jedes Jahr erkranken auch heute noch rund 120 Menschen neu an einem bösartigen Mesotheliom.

SCHNELLE HILFE. Asbestkrebs ist unheilbar. Die Lebenserwartung nach gestellter Diagnose



FATALE DIAGNOSE: Wer mit Asbest hantierte, kann noch Jahrzehnte später an einem bösartigen Mesotheliom erkranken. FOTO: GETTY



DAS EU-PARLAMENT RAT DER NATIONEN

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählte politische Organ. Seine wichtigsten Rechte sind die Beschlussfassung über Gesetze und die Entscheidung über internationale Abkommen und über EU-Erweiterungen. Hinzu kommen Rechte der Aufsicht über den politischen Betrieb innerhalb der EU. Im Entscheid über neue Gesetze muss es sich die Macht mit dem Rat der Europäischen Union teilen, der von den Ministerien der EU-Länder gebildet ist. Über ein Misstrauensvotum kann das EU-Parlament die EU-Kommission, also die Exekutive der Union, absetzen.

NOCH 705 SITZE. Aktuell zählt das Europäische Parlament 751 Mitglieder aus 28 Ländern. Die Anzahl der Abgeordneten pro Land richtet sich nach der Bevölkerungszahl. Infolge des von Grossbritannien beschlossenen Austritts aus der EU (Brexit) wird sich die Mitgliederzahl in der neuen Amtsperiode auf noch 705 Sitze vermindern. Im Europäischen Parlament bildet die Progressive Allianz der Sozialdemokraten derzeit mit 187 Mitgliedern die zweitgrösste Fraktion nach den Konservativen und Christdemokraten (217). Die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordischen Grünen Linken kommt auf 52 Mitglieder.

1,7 MILLIONEN. In der Schweiz leben rund 1,7 Millionen Menschen mit EU-Bürgerrecht im wahlfähigen Alter – das sind mehr potentielle Wählerinnen und Wähler als in manchen EU-Mitgliedstaaten. (jk)

oder der Konsulate erfolgen. Falls die Wählerinnen und Wähler die Wahlbehörde nicht über ihren Wunsch informieren, wie sie abstimmen möchten, erfolgt die Stimmabgabe automatisch per Brief. rebrand.ly/europa_Por2



Spanien. Spanierinnen und Spanier in der Schweiz mussten sich bis am 1. Februar 2019 registrieren. Registrierte Personen erhalten dann automatisch die «solicitud de voto», den Wahlantrag. Sie füllen diesen aus und senden

ihn mit einer Kopie der spanischen Ausweisdokumente an die Delegación Provincial de la Oficina del Censo Electoral, nicht später als 25 Tage nach Erhalt des Wahlantrags. Darauf erhalten die Wahlberechtigten die Wahlunterlagen und können den Umschlag mit dem Wahlzettel entweder persönlich im Konsulat abgeben oder per eingeschriebenen Brief an die Wahlbehörde oder an die Auslandsvertretung schicken. Dabei ist es wichtig, die Fristen zu beachten. Mehr Informationen: rebrand.ly/europa_Sp

saldo **tipp** im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ICH BIN AUCH EIN SCHNITTPULT: Videoclips lassen sich mit der richtigen App auch gleich auf dem Smartphone bearbeiten. FOTO: PD

So schneiden Sie Filme mit dem Handy

Wer mit dem Smartphone filmt, kann die Clips mit Hilfe von Apps in wenigen Minuten bearbeiten – zum Beispiel zusammenschneiden oder mit Musik versehen. Mit diesen zwei Apps funktioniert das besonders gut.

FÜR IPHONE: «Splice», gratis. Sie wählen die Szenen aus, die Sie zusammenfügen möchten. Die App macht automatisch Übergänge. Darüber hinaus gibt es viele Bearbeitungsmöglichkeiten (neu sortieren, zurechtschneiden, Farbfilter darüberlegen, Geschwindigkeit ändern, Text hinzufügen, zoomen). Sie können eigene Musik verwenden oder auf installierte Songs und Soundeffekte zurückgreifen. Die Funktionen sind verständlich und nach kurzem Üben einfach zu bedienen. Einziger Nachteil: Die Hilfefunktion gibt es nur auf englisch.

Schneller oder langsamer, mit Musik oder Farbfilter – nach kurzem Üben geht alles einfach.

FÜR ANDROID: «Youcut», gratis, werbefrei für 3 Franken. Die ausgewählten Szenen können Sie zusammenfügen, neu sortieren, zurechtschneiden, mit Musik unterlegen, mit Text ergänzen und mit einem Farbfilter versehen. Die Geschwindigkeit lässt sich einfach ändern. Nachteil: Zwischen den Szenen sind keine Übergänge möglich. Dafür sind viele Musiktitel zum Herunterladen vorhanden. Die Songs lassen sich einfach an die gewünschte Filmposition verschieben. MARC MAIR-NOACK

für Asbestopfer EFA: Jetzt Gesuch einreichen Zeitbombe tickt weiter

beträgt einige Monate bis zwei Jahre. Da ist unbürokratische Hilfe umso wichtiger. Bei der Stiftung EFA können deshalb Erkrankte und ihre Angehörigen schnelle finanzielle Unterstützung beantragen.

Dies gilt für alle Betroffenen, die ab 2006 an einem in der Schweiz verursachten Mesotheliom erkrankt sind. Entschädigungsberechtigt sind Betroffene unabhängig davon, ob sie während einer beruflichen Tätigkeit oder im Privatbereich erkrankten. Ebenso können Hinterbliebene um Unterstützung ersuchen.

ZU WENIG BEKANNT. Seit ihrer Gründung 2017 hat die Stiftung EFA 56 Gesuche bewilligt und insgesamt 5,8 Millionen Franken ausbezahlt. Das ist, gemes-



«Melden Sie sich: Wir wollen helfen, und wir können helfen.»

LUCA CIRIGLIANO, ZENTRALEKRETÄR SGB UND STIFTUNGSRAT EFA

sen an der bekannten Zahl von Asbestopfern, noch nicht viel Geld. «Was wir bisher an Gesuchen gesehen haben, zeigt nur die Spitze des Eisbergs», sagt denn auch Luca Cirigliano, Zentralsekretär des SGB und Mit-

glied des Stiftungsrats EFA. «Noch melden sich zu wenige Betroffene bei uns.»

Verständlich, dass jemand, der schwer krank ist, die Kraft nicht findet, Gesuche zu schreiben. Luca Cirigliano betont deshalb: «Auch Familienangehörige oder andere Personen mit einem Vertretungsrecht können für ein erkranktes Opfer aktiv werden – auch nach seinem Ableben, wenn es entschädigungsberechtigte Nachkommen gibt.»

Zudem werden seit Anfang 2019 auch Entschädigungen ausbezahlt an solche Personen, deren Asbestkrebs bereits als Berufskrankheit anerkannt wurde. «Melden Sie sich bei uns», ermuntert Luca Cirigliano Betroffene, «wir wollen helfen, und wir können helfen.»

STIFTUNG EFA GELD UND BERATUNG

Die Stiftung EFA unterstützt Asbestopfer und ihre Angehörigen finanziell (siehe Beitrag links) und mit Beratung. In Zusammenarbeit mit der Lungenliga hat sie auch einen kostenlosen Care-Service eingerichtet. Geschultes Fachpersonal unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen und Interessierte telefonisch oder in persönlichem Kontakt.

www.stiftung-efa.ch
Care-Service
+41 800 07 08

Gutschein mit abgelaufener Frist Fünf Jahre sind das Minimum

Oje – jetzt haben Sie die Frist zum Einlösen Ihres Geschenkgutscheins verpasst! Meistens ist das nicht weiter schlimm.

Der «Mobilezone»-Gutschein als Weihnachtsgeschenk war ja gut gemeint. Bloss sind Sie mit Ihrem Handy noch absolut zufrieden. Aber jetzt sehen Sie: Der 400-Franken-Gutschein war auf ein Jahr beschränkt und nur bis 27. Februar 2019 gültig!

FRIST NACH OR. Aber keine Angst, dieses Geld ist nicht verloren. Denn Forderungen aus Gutscheinen unterliegen den Verjährungsfristen nach Artikel 129 des Obligationenrechts (OR). Das sind je nach Forderung fünf bis zehn Jahre. Ma-

chen Sie dem Händler also klar, dass Sie die Frist gemäss OR verlängert haben möchten. Sollte er nicht einlenken, reichen Sie eine schriftliche Beschwerde ein, zum Beispiel über die Plattform www.beschwerdeleicht.ch der Stiftung für Konsumenten-

Die Verjährungsfrist nach OR gilt auch für Gutscheine.

schutz. Damit erhöhen Sie den Druck auf das Unternehmen.

Wenn Sie das nächste Mal selbst einen Gutschein kaufen: akzeptieren Sie kein Verfalldatum unter fünf Jahren. Faire Firmen offerieren diese Frist freiwillig. Und «Mobilezone» verlängert anstandslos. (jk)

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung im Tessiner Hotel La Campagnola für zwei Personen inkl. Frühstück. La Campagnola bietet jedem Unia-Mitglied in der Nebensaison 20 Prozent Rabatt! Besuchen Sie uns auf www.campagnola.ch.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.4
Das Lösungswort lautete: **BAUSTELLE**



**DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo,
hat gewonnen: Peter Gartenmann, Häuslenen TG.
Herzlichen Glückwunsch!**

am 8. März war der ...tag	Staat in Ost-europa	Collier	dt. Vorsilbe: schnell	protzen	Kanton BS stimmt über den ... ab	dt. Ingenieur † 1938	Kern einer Sache: das ...	Dat. und Akk. von wir	nord-europ. Insel-staat	Meeres-pflanze	grosses german. Blas-horn	feierl. Gedicht	eisiger Nieder-schlag	Wasser-vogel
													10	Wortteil: innen
witzig	3				kurz für: in das			organ. Stück-stoffver-bindung	kath. Gesang-buch					
Abk.: Sommer-semester		flach position-ieren					11	Werk-stoff	ani-mieren					
Winter-sport-gerät			subarkt. Hirsch		nord-europ. Wühl-mäuse					4		Gross-stadt an der Rhone		Gefäss-stütze
frz. Artikel		Tratsch		6					Sing-vogel	frz. Schau-spieler:in (Isabelle)	folglich, somit			
respi-rieren					Beweis der Abwesen-heit	ital. Name des Atna				schweiz. Sozial-versiche-rung			Anti-transpi-rant (Kw.)	hoch-wertig, kostbar
Blutbahn		Farbton			kurz für: an dem		Sieg beim Boxen	Teil des Arzt-titels (Abk.)			5	Leit-gedanke		
			Flüssig-keits-mass (Abk.)			engagiert für die Umwelt								
Wurf-schlinge	med.: Atem-still-stand	Kantons-hauptort	Berg bei Bad Ragaz 2844m					west-afrikan. Volks-stamm	Him-mels-richtung		Schul-bewer-tung		9	
				Strom durch Sibirien		Wein-trauben-ernte	Esel (engl.)	Lehns-arbeit			Elend, Bedräng-nis		angel-sächs. Längen-mass	schweiz. Designer † 2004 (Willy)
eh. Post-u. Tel.-Betrieb			Farbe der Frauen-bewegung			8		absurd, irrwitzig		1				zu keiner Zeit
Wund-mal					süd-europ. Nutztier				Doppel-vokal	Abk.: Rekruten-schule		jetzt, in diesem Moment		
John Lennons Witwe (Yoko)	7		Schalen-frucht					die Brief-träger:in (Kätrin)					2	
Podium							wider-stands-fähige Hose				abge-lachter Hering			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 22. März 2019**

INSERAT

Umfrage zum GAV Coiffeurgewerbe und GAV Tankstellenshops:

Check deinen Arbeit- geber!

Mit deiner Teilnahme an der Umfrage engagierst du dich für deine Rechte und die deiner Kolleg/innen. Je mehr sich beteiligen, desto grösser sind unsere Chancen auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Coiffeursalons resp. Tankstellenshops.

Seit letztem Jahr sind die neuen GAV im Coiffeurgewerbe und für die Tankstellenshops in Kraft. Finde heraus, ob sich dein Arbeitgeber auch an die Regeln hält und die Rechte der Angestellten respektiert.

Entspricht dein Lohn deiner Ausbildung?

Kannst du deine Überstunden kompensieren?

Wird deine
Arbeitszeit
vom Arbeitgeber
erfasst?

Mitmachen
unter:
**[www.unia.ch/
gav-coiffeur](http://www.unia.ch/gav-coiffeur)**
oder
**[www.unia.ch/
gav-tankstelle](http://www.unia.ch/gav-tankstelle)**

Einen Gesamtarbeitsvertrag zu haben ist gut – ihn einzuhalten, ist besser!

UNiA



Morgenstimmung

WANN 2. Januar 2019
WO Biel/ Bienne
WAS Dufourstrasse
Eingesandt von Bernhard Inhelder, Biel/ Bienne

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

1. Gleichberechtigung I
Wie viel weniger als die Männer verdienen die Frauen in der Schweiz?
a) rund 5 Prozent?
b) rund 10 Prozent?
c) rund 20 Prozent?
d) Mann und Frau sind gleichberechtigt (Artikel 8.3, BV)

2. Gleichberechtigung II
Wie viel weniger Rente als die Männer haben die Frauen in der Schweiz?
a) Mann und Frau sind gleichberechtigt (Artikel 8.3, BV)
b) 10 Prozent?
c) 20 Prozent?
d) Fast 40 Prozent?

3. Gleichberechtigung III
Was ist Gift für die Frauenrenten?
a) Verlieben?
b) Verloben?
c) Verheiraten?
d) Mann und Frau sind gleichberechtigt (Artikel 8.3, BV)

4. Gleichberechtigung IV
Artikel 8.3, BV steht in der...?
a) Bundesverlassung?
b) Bundesverfassung?
c) Bundesvergassung?
d) Bundesverfassung?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c, 2d, 3c, 4d

WORKPOST



WORK 4 / 1.3.2019: FRAUENSTREIK – SIE MACHEN ERNST
Danke!

Ich finde diese Portraits bemerkens- und merkwürdig. Danke!
TANJA MESSERLI, VIA FACEBOOK

Engagement
das ganze Jahr

Was wäre wohl, wenn an diesem Tag jede Frau streiken würde? Aber es gibt sie eben auch noch, zum Glück, die rundum zufriedenen und verantwortungsvollen Frauen, die sehr wohl selbstbewusst und engagiert für ihre Rechte kämpfen! Dafür braucht es aber nicht einen einzigen Tag im Jahr, wo die Frauen an einer Demo mitlaufen, sondern ein tatkräftiges Engagement durchs ganze Jahr, und zwar mit Respekt, Einsatz und geleisteter Arbeit. Ein

Miteinander, und zwar zusammen mit den Männern. Alles andere bringt unsere Gesellschaft nicht weiter!

MARIANNE LEHMANN, VIA FACEBOOK

Sehr
eindrücklich!

So viele Frauen, so viel Aufbruch! Das macht Mut!

BIANCA ROTH, PER MAIL

Ganze Breite

Danke für diese besondere Nummer. Eindrücklich, wie es der work-Redaktion gelungen ist, die grosse Breite der Frauenbewegung abzubilden. Sicher gibt es noch weitere Aspekte, und ich bin bereits gespannt auf weitere work-Artikel.

SILVIA BACHOFNER, PER MAIL

WORK 4 / 1.3.2019: KLIMAJUGEND – UND WIEDER WACKELN DIE HÄNDE
**Mittelalter
auf die Strasse**

Beeindruckend, wie sich die jungen Klimaschützerinnen und -schützer nicht vom Spott der Klimaleugner entmutigen lassen. Ich hoffe fest, dass am 15. März auch ganz viele «mittelalterliche» und «alte» mit der Klimajugend gemeinsam auf die Strasse gehen.

MARKUS PROBST, PER MAIL

**So peinlich,
FDP!**

Der Klimaaufbruch der FDP war ja – wenig überraschend – ein kurzer. Auch wenn die Aktion von Parteipräsidentin Gössi von Anfang an durchschaubar war, ist es schon sehr peinlich für die FDP, dass ihre Nationalratsfraktion bereits bei der ersten Nagelprobe gleich alle klimafreundlichen Vorstösse abgelehnt hat.

SANDRA BERGER, PER MAIL

Die Zeit drängt

Die Klimastreik-Bewegung hat schon in den ersten Monaten einiges erreicht. Das zeigt allein schon die Gehässigkeit, mit der sie von verschiedensten Seiten kritisiert wird. Jetzt müssen alle, denen die Welt nicht egal ist, den Druck aufrechterhalten und weiter aufbauen. Noch können wir handeln – aber die Zeit drängt.

KILIAN SCHÖNBÄCHLER, PER MAIL

**Banken an die
Leine**

Allein die beiden Grossbanken UBS und CS haben 2015, 2016 und 2017 mit 12,3 Milliarden US-Dollar weltweit total 182,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen finanziert. Auch deshalb ist für mich ganz klar: wer den Klimakollaps verhindern will, muss das System ändern.

MARION KLEBER, PER MAIL

WORK 3 / 15.2.2019: VENEZUELA – IRREN SICH DIE LINKEN WIRKLICH?
**Erfrischend
anders**

Macht weiter so. Ich lese work wirklich gerne und finde es auch gut, dass Ihr über den Tellerrand (Schweiz) hinausschaut. Auch Eure Berichterstattung zu Venezuela hebt sich erfrischend von den bürgerlichen Medien ab – und leider auch etwas von der WOZ.

MARIO GSELL, KALTACH LU

WORK 3 / 15.2.2019: DAS HANDY KLINGELT MITTEN IN DER NACHT
**Nacharbeit
verbieten!**

Der Mensch ist nicht für Nacharbeit gemacht. Ich persönlich habe ab meinen 29. Lebensjahr bis ins Alter von 45 Jahren ungefähr alle 3 Wochen je eine Woche Nachtschicht gearbeitet. In jungen Jahren ging das noch gut, aber es wurde immer beschwerlicher, bis ich dann

aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Schichtarbeit leisten konnte. Das grosse Problem ist der Schichtwechsel: Der Körper gewöhnt sich erst allmählich daran. Die Verdauung und der Grundrhythmus können wahrscheinlich gar nicht angepasst werden. Im übrigen sind wir während der Nachtschicht in der Leistungsfähigkeit (körperlich und geistig) massiv reduziert. Aus Gründen der Gesundheitsvorsorge müsste die Nacharbeit grundsätzlich verboten werden.

JOSEF NUSSBAUMER, ALCHENFLÜH BE

WORK 4 / 1.3.2019: MULTIS RECHNEN SICH UNRENTABEL
**Das ist doch
krank!**

Danke für diesen Artikel. Bitte zeigt weiter auf, wir pervers das Steuersystem (hierzulande und weltweit) ist. Und nehmt doch mal die einzelnen Konzerne unter die Lupe und prangert diese an. Ich habe meine Konsequenzen gezogen und kaufe seit zwei Jahren nichts mehr von Amazon. Obwohl das manchmal wehtut – geb' ich zu. Es ist doch krank, dass ein «Buchhändler» – und sei er noch so genial – in rund 30 Jahren zum reichsten Mann der Welt wird und seine Angestellten Hungerlöhne erhalten und Toilettenpausen vom Lohn abgezogen werden. Boykott wirkt!

TOBIAS GOLDMANN, OLTEN

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@GewerkschaftUnia.ch, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

Ärztin **Anna Andermatt** (36) ist eine bodenständige Optimistin. Und eine Frau, die zupacken will.

«Ich denke nie gleich ans Schlimmste»

Sie setzt sich für die Gesundheit der Frauen ein – im Job und in der Politik: Anna Andermatt, angehende Gynäkologin, dreifache Mutter und ehemalige SP-Grossrätin im Kanton Aargau.

ASTRID TOMCZAK | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Anna Andermatt lacht in die Kamera. Das Lachen fällt ihr leicht, der Blick in die Kamera weniger. «Ich werde nicht so gerne fotografiert», sagt sie. Dabei hatte sie in den letzten Jahren genügend Gelegenheit, sich an die Kameras zu gewöhnen. Von 2014 bis 2018 sass die angehende Gynäkologin für die SP im Aargauer Kantonsparlament, die junge Mutter stand damals weit hinten auf der Liste und hatte nicht mit der Wahl gerechnet – obwohl sie in einer politischen Familie aufgewachsen ist. «Schon im Kinderwagen wurden wir an Anti-AKW-Demos mitgenommen», erzählt sie. Politisch trat sie in die Fussstapfen ihrer Mutter, die während 14 Jahren Aargauer Grossrätin war. Ihr Vater wirkte zwar nicht direkt politisch, unterstützte aber Frau und Tochter tatkräftig. So plakatierte er, was das Zeug hielt, als seine Tochter kandidierte, und brachte ihr später während der Session jeweils ihr jüngstes Kind zum Stillen ins Parlamentsgebäude: Sie wurde während ihrer Amtszeit noch zwei Mal Mutter.

SPAGAT. Dass die Assistenzärztin sich überhaupt politisch engagieren konnte, verdankte sie ihrem damaligen Arbeitgeber, dem Kantonsspital Aarau. Sie konnte sich jeden Dienstag für die Grossratssitzungen ausklinken – keine Selbstverständlichkeit in ihrer Branche. Von Nachwuchskräften wird erwartet, praktisch rund um die Uhr verfügbar zu sein. Noch etwa zwei Jahre in Teilzeit braucht Anna Andermatt, um ihren Titel als Fachärztin zu erwerben, dabei muss sie Erfahrungen in Spitälern und kleineren Praxen sammeln. Seit Anfang Jahr arbeitet sie zwei Tage wöchentlich in der Frauenpraxis Regensdorf. Dieses Pensum liegt unter dem vorgeschriebenen Pflichtprogramm und wird ihr deshalb nicht zur Ausbildung angerechnet – «aber wenigstens bleibe ich am Ball». Im Sommer tritt sie eine 50-Prozent-Stelle im Spital Limmattal an und wird weiterhin einen Tag in Regensdorf arbeiten.

Nebst diesem Spagat zwischen Beruf und Familie bleibt ihr vorerst keine Zeit mehr für die Politik. Umso glücklicher ist sie, dass sie sich mit einem Herzensanliegen von der politischen Bühne verabschieden konnte: Das Kantonsparlament hat im August 2018 gegen den Willen der Kantonsregierung ihre Motion zur Brustkrebsvorsorge angenommen – künftig werden im Aargau alle Frauen zwischen 50 und 69 Jahren zur Mammographie eingeladen. Anna Andermatt ist eine Frau, die zupacken

kann und will. Eine, die keinen Wert auf Hierarchien legt, mit der Putzfrau und der Hebamme genauso auf Augenhöhe spricht wie mit der Chefärztin. Eine, die eher lachend als weinend durchs Leben geht. «Wenn ich eine schwangere Frau untersuche und die Herztöne ihres ungeborenen Kindes noch nicht höre, gehe ich nicht gleich vom Schlimmsten aus», sagt sie. «Ich denke dann, dass es vielleicht noch ein paar Tage zu früh sei.»

Vielleicht hat dieser bodenständige Optimismus mit ihrer Herkunft zu tun. Anna Andermatt ist auf dem Land aufgewachsen, in einem Weiler ausserhalb von Lengnau AG. Naturverbunden ist sie bis heute geblieben. Sie und ihr Mann – auch er ein Arzt – verbringen möglichst viel Zeit mit den Kindern Navin (6 Jahre alt), Anusha (4) und Keyan (1) in der Natur. Drei Kinder, Eltern mit anspruchsvollen Jobs – geht das? Ja, es geht, sagt Andermatt. Weil die Rahmenbedingungen stimmen: Die Kinder besuchen einmal wöchentlich die Kita, einmal hüten die Grosseltern, einmal kommt eine Tagesmutter. Hilfreich sei es auch, dass ihr Mann ebenfalls Familienverantwortung übernehme. «Er ist älter als ich und nicht mehr so erpicht darauf, gross Karriere zu machen», sagt sie.

FREUD UND LEID. An ihrem Beruf schätzt Andermatt die Vielfältigkeit. «Wir können vieles selber machen – etwa Ultraschall und Diagnostik», sagt sie. «Ausserdem haben wir Patientinnen aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen.» Vielleicht ist die Gynäkologie die medizinische



Fachrichtung, wo Freud und Leid am nächsten beieinanderliegen. «Im Spital konnte ich einer werdenden Mutter das erste Mal ein Ultraschallbild zeigen – und wenige Minuten später hatte ich eine andere Frau mit einer Brustkrebsdiagnose in der Sprechstunde.» Keine einfache Situation, aber sie habe gelernt, Probleme in der Praxis oder im Spital zu lassen.

Wie wichtig ist Anna Andermatt ihre Berufstätigkeit? «Ich konnte meine lange, kostenintensive Ausbildung nur dank der Unterstützung vom Staat und meinen Eltern abschliessen. Da ist es mir schon sehr wichtig, diesen Beruf auch auszuüben», sagt sie. Allerdings habe sie sich schon oft

gefragt, ob es sich lohne, den Balanceakt zwischen Familie und Beruf zu bewältigen – wenn nach Abzug von Kinderbetreuung und Steuern am Schluss kaum was vom Gehalt übrigbleibt. Aber sie liebt ihren Job. «Ich habe einen sehr schönen Beruf. Ich komme jeden Tag gerne zur Arbeit», betont sie. Und der Wechsel zwischen Beruf und Familie bringt Farbe ins Leben – im wörtlichen Sinne: Im Hausflur der Familie hängt eine Pinnwand mit den Wochentagen, den verschiedenen Aufenthaltsorten und farbigen Täfelchen für jedes Familienmitglied. So wissen die Kinder immer Bescheid, wo wer gerade ist. Und die Mutter auch, falls ihr mal der Kopf schwirrt.



ANNA ANDERMATT
KITE-SURFERIN

Anna Andermatt (*1983) ist als «Sandwichkind» mit einem älteren und einem jüngeren Bruder im Surbtal, Kanton Aargau, aufgewachsen. Ihr Vater war Sekundarlehrer, ihre Mutter Kindergärtnerin, später Werklehrerin. Anna Andermatt hat in Bern Medizin studiert. Sie lebt mit ihrem Mann und den drei Kindern in Wettingen. Sie und ihr Mann lieben Kitesurfen und Aktivitäten in der Natur.

VIELE HÜTE. «Früher bin ich auch liebend gerne ins Theater und ins Kino gegangen», sagt sie. «Aber dazu fehlt mir heute die Zeit.» Dass sie aber doch einiges unter einen Hut bringen kann, hat sie auch ihrem Organisations-talent und ihrer Selbstdisziplin zu verdanken. «Meine Studienkollegin meinte immer, ohne mich hätte sie das Studium wohl nicht geschafft.» Anna Andermatt war stets bestens organisiert, wusste, was zu lernen war, und liebte es, ihr Fachwissen unter Beweis zu stellen. «Ich bin vielleicht etwas besserwisserisch», sagt sie – korrigiert sich dann aber gleich selbst: «Besser gesagt: Ich habe gerne recht und vertrete eine fundierte Meinung.» Anna Andermatt ist im Berufsverband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen (VSAO) und SP-Mitglied. Als Assistenzärztin verdient sie bei einem 40-Prozent-Pensum knapp 3200 Franken brutto.

VIELFÄLTIG: Frauenärztinnen können vieles selber machen, etwa Ultraschall und Diagnostik.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Astrid Tomczak, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89 669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.